

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	14
Tierschutz & Ethik	17
Umweltpolitik & Umweltrecht	18
Verkehr & Tourismus	20
Wasser & Meere	21
Wirtschaft & Ressourcen	24

VERBÄNDE



DNR intern	26
Aus den Verbänden	26
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	27
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 33
Schwerpunkt: Kooperation

THEMEN DES MONATS

Insektenschutz

Damit es wieder summt und brummt

Gegen den Artenverlust präsentieren Umweltverbände ein eigenes „Aktionsprogramm Insektenschutz“

Seite 2

Digitalisierung

Mehr als schnelles Internet

Chancen und Risiken der Digitalisierung für den sozial-ökologischen Wandel

Seite 4

Umweltschutz und Menschenrechte

Riskantes Unterfangen

Nicht nur die Umwelt ist vielerorts gefährdet, sondern auch Menschen, die sie schützen wollen

Seite 6

Interview: Manuel Lehmann über kollaborative Wirtschaft

„Alte Ideen in neuem Gewand“

Wie der Genossenschaftsgedanke zum Wandel in Richtung Nachhaltigkeit beiträgt

Seite 23

Insektenschutz

Damit es wieder summt und brummt

Gegen den Artenverlust präsentieren Umweltverbände ein eigenes „Aktionsprogramm Insektenschutz“

Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung zur Vorlage eines „Aktionsprogramms Insektenschutz“ verpflichtet, um die Lebensbedingungen von Bestäubern in Deutschland zu verbessern. Gelingen kann das nur mit ambitionierten Maßnahmen, die über Monitoring und Blühstreifenprogramme hinausgehen. Dazu gehört auch, dass sich die Bundesregierung Ende April für ein vollständiges EU-weites Verbot aller Neonikotinoide einsetzt. ■ VON ILKA DEGE, DNR

„Bienen sind systemrelevant“ und „Was für Bienen schädlich ist, muss weg vom Markt“: Wissen Sie, wer das gesagt hat? Es sind Zitate aus der ersten Regierungserklärung von Julia Klöckner, der neuen Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Es sind starke Worte. Als erfahrene Politikerin weiß sie, dass die nahezu täglichen Schlagzeilen über den dramatischen Verlust an Insekten und Vögeln die Bürgerinnen und Bürger umtreiben und die Landwirtschaft als maßgebliche Verursacherin dafür gesehen wird.

Es ist gut, dass die Ministerin sich dieser Verantwortung stellt. Die ebenfalls neue und ressortführende Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat bereits angekündigt, noch innerhalb ihrer ersten hundert-tägigen Amtszeit ein Aktionsprogramm Insektenschutz vorzulegen. Um ein ambitioniertes Maßnahmenpaket zu schnüren, das die Lebensbedingungen der Insekten in Deutschland tatsächlich verbessern kann, ist sie auf die tatkräftige Unterstützung ihrer BMEL-Kollegin angewiesen.

Denn ohne Veränderungen in der Bewirtschaftungsweise, aber auch Struktur der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die über die Hälfte unseres Landes ausmacht, geht es nicht. Es braucht mehr als starke Worte, die Landwirtschaft mehr als eine Imagepolitik und Insekten eine andere Agrar- und konsequente Umweltpolitik.

Denn die Fakten – das belegen zahlreiche Untersuchungen eindeutig, vielfach und gründlich – dulden kein weiteres Deuteln. Über 33.000 heimische Insektenarten und 75 Prozent ihrer Biomasse sind einer Studie von 2017 zufolge seit 1989⁽¹⁾

verschwunden. Der Verlust betrifft damit nicht nur die Honigbiene, sondern sämtliche Wildbienen, Hummeln, Schmetterlinge und zahlreiche andere Insektenarten. Sie alle sind „systemrelevant“ – für unser Ökosystem ebenso wie unsere eigene Ernährungssicherung, da zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen sind.

Um den „Kurs zu einem ökologischen Armageddon“⁽²⁾ schnellstmöglich zu verlasen, wie es einer der Autoren der zitierten Studie ausdrückte, muss also rasch gehandelt werden. Umwelt-, Agrar- und Tierchutzverbände stehen der Bundesregierung dabei gern als Partner und Verbündete zur Seite. In einem breiten Bündnis haben sie jetzt ihre Forderungen an ein „Akti-

onsprogramm Insektenschutz“ formuliert. Die wichtigsten Punkte hier schon einmal in Auszügen.

Pestizidanwendungen reduzieren – Zulassungsverfahren reformieren

In den vergangenen Jahrzehnten ist es in der konventionellen Landwirtschaft immer selbstverständlicher geworden, angebaute Kulturpflanzen mit chemisch-synthetischen Pestiziden vor anderen, auf dem Acker unerwünschten Pflanzen (Herbizide), Insekten (Insektizide) sowie Pilzkrankheiten (Fungizide) zu schützen – zumeist vorbeugend und mehrfach. Mit anderen Worten: Auch sie sind für diese Bewirtschaftungsweise „systemrelevant“ geworden.

Doch die großflächig direkt in die Umwelt eingebrachten Mittel und Mengen sind eine erhebliche Belastung. Das Risikobewertungs- und Zulassungsverfahren hat hingegen erhebliche Mängel. Das wurde in der Glyphosatdebatte ebenso deutlich wie in der erneuerten Risikobewertung für drei Neonikotinoide – eine hochwirksame Pestizidwirkstoffgruppe, die als maßgeblich für den dramatischen Insektenverlust angesehen werden muss. Es braucht ein Verbot der gesamten Wirkstoffgruppe und reicht nicht, dem geplanten Verbot der drei Substanzen Ende April zuzustimmen. Die Bundesregierung muss zudem verhindern, dass andere Neonikotinoide „zum Ausgleich“ (wieder) genehmigt werden.

Für Julia Klöckner wäre es die Gelegenheit, sich von ihrem Vorgänger Christian Schmidt ab- und auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihrer Amtskollegin zu setzen. Er hatte Ende 2017 das Veto

Insektenkunde

Seit mehr als 100 Jahren erforscht der Entomologische Verein in Krefeld die Insektenwelt. Die Mitglieder des 1905 gegründeten Vereins befassen sich mit allen Themen der Biologie und Systematik einheimischer Insekten.

Im Sommer 2017 sorgten Forschungsergebnisse der Krefelder Entomologen, wonach ein dramatischer Insektenschwund auch in dortigen Naturschutzgebieten zu verzeichnen war, bundesweit für Furore und stießen international auf das Interesse der Wissenschaft.

Die im Text zitierte Studie⁽¹⁾ von Oktober 2017 lieferte die wissenschaftliche Bestätigung für die Ergebnisse des Vereins.

www.entomologica.org

des Bundesumweltministeriums (BMU) übergegangen und der EU-weiten Wiederzulassung von Glyphosat eigenmächtig zugestimmt.

Die Bundesregierung steht damit in der besonderen Verpflichtung, ein konkretes Ausstiegsszenario und die dringend notwendigen Reformen in Pestizidzulassungsverfahren europaweit voranzubringen. Langfristiges Ziel muss es sein, durch wirksame Reduktionsstrategien zu einer Landwirtschaft zurückzukehren, die ohne die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auskommen kann. Dass das möglich ist, zeigen Millionen Biobäuerinnen und -bauern weltweit und täglich.

Mehr Strukturvielfalt in Agrarlandschaften und weniger Nährstoffeintrag

Erhalten, was uns erhält: Das gilt auch für Agrarstrukturen und den gesamten ländlichen Raum. Studien belegen, dass die Größe von Feldern sogar relevanter für die Artenvielfalt sein kann als die Art der Bewirtschaftungsweise. Landwirte können durch die Teilung besonders großer Ackererschläge und die Anlage von Feldrainen viel zur Schaffung von mehr Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen beitragen. Dazu braucht es zielorientierte Förderprogramme von Bund und Ländern. Im Rahmen der gerade anlaufenden Reformrunde der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) sind dafür deutlich verbesserte Möglichkeiten und attraktive Angebote für Landwirte wie Kommunen zu schaffen. Besonders sensible Flächen wie Streuobstwiesen, artenreiches Grünland und Gewässerränder müssen in Bestand und Funktionalität besser geschützt werden.

Auch die Überdüngung von Feldern und Grünland ist ein maßgeblicher Faktor für den Insektenrückgang. Hohe Nährstoffeinträge reduzieren die Pflanzenvielfalt und damit das Nahrungsangebot. Die Nährstoffbelastung geht zudem über die eigentlichen Flächen hinaus und schädigt – direkt und indirekt – angrenzende Ökosysteme. Um sie und damit auch die Lebensräume von Insekten vor überhöhten Nährstoffeinträgen zu schützen, muss

das Düngerecht nachgebessert werden. Insbesondere in den besonders belasteten Regionen mit hoher Viehdichte braucht es wirksamere Regeln, um Überdüngung zu stoppen und Verpflichtungen für eine gewässer- und umweltverträgliche Bewirtschaftung nachzukommen.⁽³⁾ Für besonders belastete wie sensible Flächen sollten zusätzliche Ermächtigungen eingeführt werden, um die erlaubte Ausbringungsmenge noch weiter zu reduzieren beziehungsweise gänzlich auszusetzen.

Schutzgebiete und Biotopverbund stärken

Schutzgebiete sind für Insekten überlebenswichtig. Um ihre Funktion zu erfüllen, müssen sie effektiver erhalten, entwickelt, vernetzt und vor negativen Einflüssen bewahrt werden. Dazu hat sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag bekannt. Ebenso wie zur Einrichtung eines EU-Naturschutzfonds. Sein vorrangiger Zweck muss es sein, landwirtschaftliche Nutzflächen in Schutzgebieten besser angepasst zu bewirtschaften und diese Leistungen attraktiver zu honorieren, um den Naturschutz – quantitativ und qualitativ – in der Fläche voranzubringen.

Grundsätzlich gilt: Besonders sensible Gebiete brauchen besonderen Schutz, um Flächen ihrer möglichst natürlichen Entwicklung zu überlassen. Das gelingt umso besser, je enger ihre Biotope miteinander vernetzt sind.

Insektenvielfalt in Siedlungsräumen fördern

Öffentliche Grünflächen und private Gärten können viel für die Artenvielfalt leisten. Ein Aktionsprogramm Insektenschutz sollte daher auch für Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen Angebote beinhalten, um Siedlungsräume insektenfreundlich zu pflegen und zu gestalten. Immer mehr Städte und Kommunen haben sich bereits freiwillig zu einem Anwendungsverbot chemisch-synthetischer Pestizide verpflichtet. Es sollte bundesweit ermöglicht werden und ist insbesondere in Haus- und Kleingärten überfällig. Die

zunehmende Versiegelung und Bebauung von Flächen schränkt die Lebensräume von Insekten stark ein. Bei Neubau und Sanierung sollten durch Fördermöglichkeiten Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

Forschung, Monitoring und Bildung verbessern

Um den Ursachen des Insektensterbens auf den Grund zu gehen, sind ein langfristiges und auskömmlich ausgestattetes Monitoring und ressortübergreifende Forschungsprogramme erforderlich, die zielorientierte Ansätze zur Stärkung unserer Insektenfauna aufzeigen. Es braucht bessere Bildungsangebote – von der Kita bis zur Universität –, um Natur- und Artenkenntnis und ihren Wert zu lehren.

Eins muss jedoch klar sein: Es kommt nicht darauf an, allerletzte Ursachen und Gewissheiten für den Insektenverlust zu erforschen. Es kommt darauf an, zu handeln. Und zwar rasch und mit gemeinsamem politischen Willen, übrigens dem aller Ressorts.

Links:

- ▶ (1) www.journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809
- ▶ (2) www.zeit.de/wissen/umwelt/2017-10/insektensterben-fluginsekten-gesamtmasse-rueckgangstudie
- ▶ (3) www.umweltbundesamt.de/publikationen/umwelt-landwirtschaft-2018

Das Aktionsprogramm der Verbände ist demnächst abrufbar unter: www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-DNR-Aktionsprogramm-Insektenschutz.pdf

Ilka Dege arbeitet seit März 2018 beim Deutschen Naturschutzring (DNR) als Koordinatorin für Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik. Nach landwirtschaftlicher Lehre und Studium war sie in den letzten fünfzehn Jahren für Abgeordnete von Bundestag und Europaparlament tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-917,
E-Mail: ilka.dege@dnr.de,
www.dnr.de



Digitalisierung

Mehr als schnelles Internet

Chancen und Risiken der Digitalisierung für den sozial-ökologischen Wandel

Auch in Deutschland ist der digitale Wandel im vollen Gange. Der deutsche Mittelstand rüstet um auf Industrie 4.0, aber auch in anderen Gesellschaftsbereichen rückt die digitale Vernetzung immer mehr in den Mittelpunkt. Was fehlt, ist eine breite politische Debatte über die Auswirkungen. ■ VON DANIEL HISS

Mein Kühlschrank – ein klassisches Modell, an Tür und Seitenwänden hängen Postkarten, Fotos, Einkaufszettel – kann vor allem eines: Er hält Lebensmittel frisch. Um zu wissen, ob noch genug Milch oder Butter da ist, werfe ich einen Blick hinein. So hat es sich bewährt. Und dennoch versuchen Technikkonzerne wie der südkoreanische Hightech-Riese Samsung, „die Rolle des Kühlschranks im Haushalt neu zu definieren“. Aus Lebensmittelaufbewahrung wird digitales „Lebensmittelmanagement“, wenn der Kühlschrank mit dem Smartphone kommuniziert und sich selbstständig meldet, sobald Vorräte zur Neige gehen. Postkarten und Notizen müssen einem Bildschirm weichen, über den von Familienkommunikation über Einkaufslisten bis hin zu Radio und Fernsehen nun alles digital läuft. Schöne neue Welt?

Der smarte Kühlschrank, der übers Internet Daten und Informationen in Echtzeit mit anderen Endgeräten austauscht und autonom Entscheidungen trifft, klingt wie eine Science-Fiction-Fantasie, ist aber längst Realität im Internet der Dinge. Wo zunächst analoge Informationen wie Fotos, Filme, Musik oder Texte in digitale Daten und Formate umgewandelt wurden, sind inzwischen technische Geräte über das Internet vernetzt und kommunizieren miteinander. Das ist der Kern der Digitalisierung, die nicht zuletzt mit dem FDP-Slogan „Digital first, Bedenken second“ im Bundestagswahlkampf 2017 zum politischen Megatrend geworden ist.

Computerisierung und Automatisierung sind nicht neu. Neu sind allerdings die Möglichkeiten, die sich durch Datenaustausch und Vernetzung über das Internet ergeben. Vor allem die Wirtschaft erhofft sich durch die sogenannte Industrie 4.0 neue Wachstumsschübe: Bis 2025 könnte der deutsche

Mittelstand durch die Digitalisierung von Produktionsprozessen, Produkten und Geschäftsmodellen bis zu 603 Milliarden Euro pro Jahr zusätzliche Wertschöpfung generieren. Gleichzeitig könnte die Digitalisierung aber auch zum Jobvernichter werden. 59 Prozent aller Berufe in Deutschland sind durch Roboter- und Softwareeinsatz bedroht.

Ressourcenhunger 4.0

Die Frage der Zukunft der Arbeit – Stichwort Arbeit 4.0 – lässt schon jetzt erkennen, dass die Digitalisierung die Sozialsysteme herausfordern und soziale Polarisierung verschärfen wird. Aber auch Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegte müssen diskutieren, wie digital eine nachhaltige Zukunft sein kann beziehungsweise muss. Gegenwärtig führen neue digitale Technologien vor allem zu einer Dynamisierung herkömmlicher Produktions- und Konsummuster. Der Onlinehandel etwa, der es ermöglicht, vom Sofa aus bequem und rund um die Uhr einzukaufen, verdrängt den stationären Einzelhandel noch nicht. Beide Sparten wachsen derzeit. Onlinehandel ist also eher Zusatz als Alternative. Gleiches gilt für Carsharingangebote, die häufig zusätzlich zum eigenen Auto genutzt werden, statt dieses zu ersetzen. Nachhaltig ist das nicht. Auch der Ressourcenhunger der Digitalisierung ist derzeit riesig: Digitale Technologien brauchen mehr Rohstoffe. In einem Elektroauto etwa sind 60 Kilogramm mehr Kupfer, 50 Kilogramm mehr Aluminium, 20 Kilogramm mehr Stahl und 10 Kilogramm mehr Nickel verbaut als in einem herkömmlichen Verbrenner. Auch in Tablets, Smartphones oder digitalen Sensoren für die vernetzte Produktion in der Industrie 4.0 stecken mineralische Rohstoffe, die oft in Ländern des globalen Südens unter Missachtung der

Menschenrechte und unter katastrophalen ökologischen Bedingungen abgebaut werden.

Effizienzvorteile der digitalisierten Produktion oder Technik werden schnell durch sogenannte Reboundeffekte wieder zunichtegemacht. Moderne Laptops oder Tablets etwa verbrauchen im Vergleich zu alten Geräten deutlich weniger Strom und bringen die gleiche oder sogar mehr Leistung. Gleichzeitig sind sie aber fast ununterbrochen im Einsatz, um mit ihnen zu arbeiten oder Musik und Filme zu streamen – das verbraucht mehr Strom, als die effizienten Geräte theoretisch einsparen. Darüber hinaus führt das Tempo, mit dem neue Hardware und Software auf den Markt kommen, dazu, dass alte Geräte schon nach kurzer Zeit nicht mehr mit neuen Anwendungen kompatibel sind und ersetzt werden. Die tatsächliche Lebensdauer vieler Geräte verkürzt sich dadurch enorm.

Diese Beispiele zeigen: Geschieht die Digitalisierung aus einer naiven Technikgläubigkeit und allein, um immer mehr Konsum und Wirtschaftswachstum zu generieren, wären Nachhaltigkeitsziele nicht zu erreichen. Eine solche Digitalisierung erhöht den Druck auf die planetaren Grenzen und verschärft die Verschwendung natürlicher Ressourcen. Und sie forciert die Spaltung zwischen dem globalen Norden und Süden.

Es geht auch smart und grün

Ein derartiges Negativszenario scheint angesichts gegenwärtiger Politik- und Verhaltensmuster die logische Entwicklung. Digitalisierung bietet aber auch Möglichkeiten und Handlungsansätze für eine nachhaltige Transformation. Um dies tatsächlich auszuschöpfen, braucht es allerdings explizite Leitplanken, in denen Digitalisierung

stattfindet. Statt zum Selbstzweck muss Digitalisierung Mittel zur Erfüllung klar definierter Nachhaltigkeitsziele sein. Die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien oder die Mobilitätswende weg vom motorisierten Individualverkehr können durch digitale Vernetzung beschleunigt werden. Mehr noch: Für deren Gelingen braucht es Digitalisierung.

Erst durch digitale Technologien gelingt beispielsweise die Vernetzung von Mobilitätsangeboten wie Carsharing, ÖPNV oder Leihfahrrädern in Echtzeit, um eine attraktive Alternative zum eigenen Auto zu bieten. Auch selbstfahrende Autos könnten zu einem geringeren Kraftfahrzeugaufkommen auf den Straßen beitragen, sofern sie in sinnvoll vernetzte Carsharing- oder ÖPNV-Angebote eingebunden sind. Das alles ist allerdings kein Selbstläufer – im Gegenteil: Bevor die Digitalisierung als Beschleuniger wirkt, müssen die Strukturen für eine Mobilitätswende politisch geschaffen werden. Die digitale Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn die Maxime der autofreundlichen Stadt nicht länger die Verkehrspolitik bestimmt. Solange das eigene Auto die bequemste Lösung ist, schafft die Digitalisierung vielleicht ein attraktives Zusatzangebot, aber keine Alternative.

Auch in der Energiewende schaffen digitale Technologien Instrumente, um die Umstellung auf eine Versorgung mit 100 Prozent sauberen Energien zu erreichen. Über digitale Kommunikationsplattformen können Stromanbieter und Netzbetreiber Nutzungs- und Verbrauchsdaten in Echtzeit beziehen und auswerten. Diese Daten sind wichtige Grundlage für einen optimalen Ausgleich zwischen Stromangebot und -nachfrage. Grundsätzlich bietet die Digitalisierung aber auch die Chance, die Energiewirtschaft dezentral und bürgernah zu gestalten. Die intelligente Vernetzung könnte Prosumermodelle [*Prosumer: Menschen, die ein Gut sowohl produzieren als auch konsumieren können; die Red.*] vereinfachen und die Akteursvielfalt des Energiesystems aufrechterhalten. Aber auch hier gilt: Digitalisierung ist dafür nicht das Allheilmittel. Sie kann einem dezentralen und demokratischen Energiesystem dann den Weg bereiten,

wenn die notwendigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen sind.

Mehr Politik wagen

Wohin also führt die Digitalisierung? Bewahrheitet sich das Szenario der Umweltzerstörung 4.0 oder wird Digitalisierung tatsächlich zum Instrument eines sozial-ökologischen Wandels? Viel wird davon abhängen, ob es zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt, Motor einer sanften und nachhaltigen Digitalisierung zu sein. Auch Umwelt- und Naturschutzverbände müssen sich stärker mit Chancen und Risiken von neuen digitalen Technologien auseinandersetzen. Eine stärkere Vernetzung mit der kritischen Digitalisierungsszene kann hierfür hilfreich sein. Gemeinsam gilt es, das Thema Digitalisierung zu politisieren und für eine Ausgestaltung zu streiten, die sich an Nachhaltigkeitszielen orientiert und nicht nur den schnellen Breitbandausbau will. Statt „Digital first, Bedenken second“ muss „erst nachdenken, dann digitalisieren“ das Leitprinzip des digitalen Wandels sein: Welche digitalen Technologien sind wirklich notwendig, um Klimaschutz, Ressourcenschutz oder soziale Teilhabe zu erreichen?

Im Smart Home die Heizungstemperatur raumspezifisch und nach Aufenthaltszeiten zu steuern, ist ökologisch sinnvoll und spart Energie. Der selbstauffüllende Kühlschrank hingegen, der über eine digitale Pinnwand zur Familienkommunikationszentrale wird, ist nicht nur überflüssig, sondern auch mit Blick auf Energie- und Ressourcenverbrauch nicht zu rechtfertigen. Deshalb gilt auch bei der Digitalisierung die Formel: „So wenig wie möglich, so viel wie nötig“. Ohne eine breite politische Debatte wird das nicht gelingen.

Der Politikwissenschaftler Daniel Hiß hat für den DNR als Referent für Ressourcenpolitik zu den ökologischen Chancen und Risiken von Digitalisierung und Industrie 4.0 gearbeitet.

Kontakt:
E-Mail: danielhiss@posteo.de



Alles digital – alles gut?



»Wir stehen mit dem Megatrend Digitalisierung auch vor einer Mega-herausforderung!«

Steffen Lange und Tilman Santarius

Was bedeutet die Digitalisierung für Ökologie und Gerechtigkeit? Das untersuchen Steffen Lange und Tilman Santarius in »Smarte grüne Welt?« – und sie entwickeln Designprinzipien für eine nachhaltige Digitalisierung. Damit sie die Welt auch wirklich smarter und grüner macht!

Steffen Lange, Tilman Santarius
Smarte grüne Welt?
Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit



oekom verlag, München
ca. 256 Seiten, Broschur,
mit zahlreichen Abbildungen
15,- Euro
ISBN: 978-3-96238-020-5
Erscheinungstermin:
26.02.2018
Auch als E-Book erhältlich

oekom.de

oekom

Umweltschutz und Menschenrechte

Riskantes Unterfangen

Nicht nur die Umwelt ist vielerorts gefährdet, sondern auch Menschen, die sie schützen wollen

Weltweit werden UmweltschützerInnen bedroht, verfolgt, ermordet. Besonders dramatisch ist die Lage in Lateinamerika, wo sich KleinbäuerInnen und indigene Gruppen gegen die Wirtschaftsinteressen von transnationalen Konzernen und Regierungen zur Wehr setzen. ■ VON MAJA LIEBING, AMNESTY INTERNATIONAL IN DEUTSCHLAND

Die Mörder kamen am frühen Morgen. Am 3. März 2016 wurde Berta Cáceres, Umweltschützerin und Gründerin der Indigenenorganisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH) in ihrem Haus in der Stadt La Esperanza im Westen von Honduras erschossen. Obwohl sie seit Jahren wegen ihres menschenrechtlichen Engagements bedroht worden war, hatte der Staat keinen ausreichenden Schutz für sie organisiert. Berta Cáceres bezahlte ihren unermüdlichen Einsatz für die Rechte der Lenca, eine indigene Gemeinschaft in Honduras, mit ihrem Leben. Sie verteidigte das Recht der indigenen Bevölkerung, beim Bau des Agua-Zarca-Staudamms auf ihrem Land einbezogen und informiert zu werden. Die Verleihung des renommierten Goldman-Umweltpreises, der als „Umwelt-Nobelpreis“ gilt, hatte Berta Cáceres 2015 international bekannt gemacht.

Der Mord ist bis heute nicht aufgeklärt, er wird noch nicht einmal ernsthaft untersucht. Vielmehr scheinen die Aktivitäten der honduranischen Regierung darauf abzuzielen, das tatsächliche Motiv für dieses Verbrechen zu vertuschen. Dass Berta Cáceres aufgrund ihrer Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin ermordet wurde, spielt in den Ermittlungen keine Rolle. Ihre MitstreiterInnen bei COPINH, darunter ihre Tochter Bertha Zúñiga, führen ihre Arbeit unermüdlich fort. Auch sie erhalten Morddrohungen. Amnesty International unterstützt COPINH und fordert die honduranischen Behörden auf, den Mordfall umfassend aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zahlreiche Amnesty-AktivistInnen haben diese Forderung weltweit unterstützt.

Wenn sogar eine Menschenrechtsverteidigerin mit dem Renommee einer Berta Cáceres ermordet wird, wie mag es dann weniger bekannten AktivistInnen ergehen? Tatsächlich ist Lateinamerika die weltweit gefährlichste Region für Land- und UmweltrechtsverteidigerInnen. Allein 2017 wurden laut der Organisation Front Line Defenders 110 AktivistInnen in Lateinamerika ermordet. Oft handelt es sich um KleinbäuerInnen und VertreterInnen indigener oder afrostämmiger Gemeinden. Sie haben besonders enge Beziehungen zu ihrem traditionell angestammten Land, das häufig sehr rohstoffreich oder für große Infrastrukturprojekte vorgesehen ist.

Die unheilvolle Allianz von Wirtschaft und Politik

Insbesondere dann, wenn das Engagement der AktivistInnen Wirtschaftsinteressen von Konzernen oder anderen mächtigen Gruppen im Weg steht, wird es für sie sehr schnell sehr gefährlich. Sie sind gezwungenermaßen an vorderster Front beim Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen aktiv. Allzu oft verlieren sie wegen ihres Einsatzes ihre Freiheit oder sogar ihr Leben. Da in vielen Fällen auch der Staat ein wirtschaftliches Interesse an den fraglichen Großprojekten hat, können die AktivistInnen von dieser Seite zumeist keinen Schutz erwarten. Immer wieder kommt es sogar zu direkten Drohungen, Diffamierungen und Kriminalisierung durch staatliche VertreterInnen. Wenn AktivistInnen auf diese Weise gebrandmarkt werden, sind sie noch stärker gefährdet, zum Ziel von Anschlägen zu werden. Aber auch Unternehmen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen

und im Sinne der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und Risikoversorge mit dafür eintreten, dass MenschenrechtsverteidigerInnen nicht bedroht und verfolgt werden. Die Regierung von Honduras steht in der Verantwortung, AktivistInnen zu schützen und Übergriffe strafrechtlich zu verfolgen. So muss auch der Mord an Berta Cáceres untersucht werden und ihre Tochter und weitere MitstreiterInnen bei COPINH müssen Schutz erhalten.

Noch dramatischer als in Honduras ist die Lage in Kolumbien. Paradoxe Weise hat sich die Situation für MenschenrechtsverteidigerInnen hier in den letzten Jahren nicht trotz, sondern wegen des Friedensprozesses dramatisch verschlechtert. Das Friedensabkommen vom November 2016 sollte der über 50 Jahre herrschenden Gewalt in Kolumbien ein Ende setzen. Doch in Gebieten, die wie vereinbart von den FARC-Guerilla verlassen wurden, kämpfen jetzt andere Guerilla-Gruppen und Paramilitärs um die Vorherrschaft und damit um die Kontrolle von strategisch günstigem, fruchtbarem oder rohstoffreichem Land.

Wie in Honduras geht es bei dem Konflikt in Kolumbien vor allem um wirtschaftliche Interessen. Indigene und afrokolumbianische Gemeinden, die sich gegen Vertreibung und für die Rückgabe ihres Landes einsetzen – so wie es ihnen im Friedensprozess versprochen wurde –, werden bedroht, überfallen und ermordet. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages vor über einem Jahr wurden bereits über hundert AktivistInnen getötet. Zwar gibt es ein staatliches Schutzprogramm, dieses ist jedoch wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern völlig un-

zureichend und nicht auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet, weil der politische Wille für effektive Maßnahmen fehlt. Helfen würden eine stärkere staatliche Präsenz und eine konsequente Strafverfolgung der Täter.

Amnesty fordert die kolumbianische Regierung auf, die im Friedensvertrag zugesagten Landrückgaben und insbesondere den Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen zu gewährleisten.

Völkerrechtlicher Schutzanspruch gegen Gewalt und Repression

Dabei verpflichtet das Völkerrecht die Staaten ganz klar dazu, MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen. Im Jahr 1998 verabschiedete die UN-Generalversammlung die UN-Erklärung für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen. Damit wurde erstmals ein internationaler Standard für ihren Schutz geschaffen. In der Erklärung ist auch festgehalten, wer als MenschenrechtsverteidigerIn zählt: Nicht nur professionelle AktivistInnen, sondern auch ehrenamtlich Aktive können MenschenrechtsverteidigerInnen sein, egal ob sie sich für ihre eigenen Rechte oder die Rechte anderer einsetzen. Sie können aus allen gesellschaftlichen Bereichen kommen und unterschiedlichen Berufsgruppen angehören, also zum Beispiel JournalistInnen, AnwältInnen oder GewerkschafterInnen sein.

Viele der Land- und UmweltrechtsverteidigerInnen in Lateinamerika sind selbst betroffen. Sie gehören häufig marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen an und zählen zu den Schwächsten der Gesellschaft. Aber durch ihr Engagement zeigen sie: Sie sind alles andere als schwach. Sie organisieren sich, sie leisten friedlichen Widerstand, sie fordern lautstark ihre Rechte ein. Das Völkerrecht erkennt dieses wichtige und legitime Engagement an und stellt die AktivistInnen unter Schutz. Staaten sind verpflichtet, MenschenrechtsverteidigerInnen vor staatlichen und nicht-staatlichen Gruppen, zum Beispiel Unternehmen, zu schützen. Dieser Schutz ist die Voraussetzung dafür, dass sie ihre wichtige Arbeit fortführen können.

Erfolgreicher Widerstand gegen Wirtschaftsinteressen

Im Jahr 2012 erzielte die indigene Gemeinde der Sarayaku in Ecuador einen beeindruckenden Erfolg. Nach einem zehnjährigen Rechtsstreit entschied der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte in einem wegweisenden Urteil, dass der Staat Ecuador das Recht der Indigenen auf vorherige Konsultation, auf Gemeindegut und auf kulturelle Identität verletzt hat. Die Regierung hatte einem großen Konzern das Recht erteilt, auf dem Gebiet der Sarayaku nach Öl zu bohren. Ecuador wurde zur Zahlung von Entschädigungen und einer Reihe weiterer Maßnahmen verpflichtet. So musste der Staat unter anderem eine Entschädigungszahlung leisten, sich öffentlich entschuldigen und für die Zukunft effektive Konsultationsmechanismen für indigene Gemeinden schaffen.

Der Streit, den die Sarayaku mit dem Ölunternehmen und ihrer Regierung ausgetragen haben, ist beispielhaft für viele Konflikte um Land und Wirtschaftsinteressen auf indigenem Gebiet in Lateinamerika. Die steigende Anzahl von Landkonflikten steht häufig in Zusammenhang mit Bergbauaktivitäten oder großen Infrastrukturprojekten wie dem Bau von Staudämmen oder ausgedehnten Monokulturen. Nicht immer erhalten die Indigenen dabei die Anerkennung, wie sie die Sarayaku vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte erfahren haben. Dabei haben die meisten lateinamerikanischen Regierungen die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert, die verbindliche Konsultationsrechte für indigene Gemeinden vorsieht.

Einen großen Erfolg erkämpfte im vergangenen Jahr auch die peruanische Kleinbäuerin Máxima Acuña mit beeindruckendem Mut und Beharrlichkeit. Das Bergbauunternehmen Yanacocha wollte auf ihrem Land eine Goldmine bauen und versuchte sie mit allen Mitteln zu vertreiben. Der Konzern verklagte sie und instrumentalisierte dafür den peruanischen Staat. Mehrfach versuchte die Polizei, ihr Land gewaltsam zu räumen. Beamte schlugen sie und ihre Tochter bewusstlos. Pri-

vate Sicherheitskräfte des Bergbauunternehmens vernichteten ihre Ernten. Doch Acuña gab nicht auf. 2016 wurde ihr der Goldman-Preis verliehen – der gleiche Preis, den auch die ermordete Berta Cáceres in Honduras erhalten hatte. Zum Glück endete Acuña's Geschichte anders: Im Mai 2017 gab das Oberste Gericht Perus ihr recht. Sie darf ihr Land behalten. Und sie wurde zu einer Ikone des Widerstands. Sie beweist Menschen, dass eine Kleinbäuerin Rechte hat, die auch ein mächtiges Bergbauunternehmen nicht aushebeln kann.

All die hier genannten MenschenrechtsverteidigerInnen werden von Amnesty International unterstützt. Viele Menschen weltweit haben den Sarayaku in ihrem jahrelangen Rechtsstreit den Rücken gestärkt und sich auch für den Schutz von Máxima Acuña eingesetzt.

Die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen weltweit wird aktuell immer schwieriger. Denn immer mehr Regierungen stellen die Legitimität der Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen und damit auch die Menschenrechte selbst infrage. Auch internationale Organisationen wie Amnesty International sind davon betroffen. Doch davon lassen sich AktivistInnen weltweit nicht einschüchtern. Je stärker die Menschenrechtsarbeit unterdrückt wird, umso wichtiger wird sie und umso lauter werden ihre VerteidigerInnen.

Amnesty International hat eine globale Kampagne zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen gestartet. Machen Sie mit! MenschenrechtsverteidigerInnen brauchen unsere Unterstützung, damit unser aller Menschenrechte bewahrt werden: www.amnesty.de

Maja Liebing ist seit 2009 Referentin für Nord-, Süd- und Zentralamerika sowie die Karibik bei Amnesty International in Deutschland. Sie studierte Politikwissenschaft und Völkerrecht an der Universität Hamburg.

Kontakt:
Tel.: +49 (0)30 / 420248 333,
E-Mail: presse@amnesty.de,
www.amnesty.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

E-Mobilität

Altbatterien weiterverwenden statt wegwerfen

■ Die EU-Kommission hat mit Unternehmen, nationalen und regionalen Behörden einen Innovationsdeal abgeschlossen, mit dem Ziel, ausgediente Batterien aus der E-Mobilitätssparte künftig besser zu recyceln.

Es geht den Beteiligten in erster Linie darum, regulatorische Hürden für Innovationen abzubauen, die sich mit dem Recyceln und der Wiederverwendung von Batterien aus E-Fahrzeugen beschäftigen. Im ersten Schritt sollen bürokratische Hürden in der EU- und nationalen Gesetzgebung identifiziert werden. Im zweiten Schritt sollen Lösungsansätze entwickelt werden, um innovative Recyclingverfahren zu fördern.

Das freiwillige Übereinkommen „Von E-Mobilität zum Recycling: der nutzbringende Kreislauf von E-Autos“ haben neben der Kommission Partner aus Frankreich und aus den Niederlanden unterzeichnet.

Nach Angaben der Kommission ist dies der zweite Innovationsdeal, der im Rahmen des Kreislaufwirtschaftspakets geschlossen worden ist. Eine erste Vereinbarung zur Abwasserbehandlung wurde bereits Anfang April 2017 auf den Weg gebracht. [aw]

- EU-Kommission zu Batterien: www.kurzlink.de/ec-batteries

Mikroplastik

Vermüllte Flüsse

■ Eine Forschungsgruppe der Universität Bayreuth hat die Mikroplastikbelastung in 22 deutschen Flüssen untersucht. Das Ergebnis: Jede einzelne Wasserprobe enthielt Plastikpartikel.

Von über 19.000 Objekten, die in den Proben gefunden wurden, konnten 4.335 als Kunststoffpartikel identifiziert werden. Die ForscherInnen sprechen deshalb

in der Studie von einer „zivilisatorischen Grundlast von Kunststoffpartikeln in den Gewässern“. Fast alle gefundenen Teilchen maßen weniger als 5 Millimeter. Meistens handelte es sich dabei um die in Europa am häufigsten verwendeten Kunststoffe Polyethylen und Polypropylen. Die höchsten Konzentrationen wurden in kleineren und mittleren Nebengewässern gefunden.

Das Forscherteam vermutet, dass die Plastikteilchen unter anderem aus der kunststoffverarbeitenden Industrie, behandeltem kommunalem Abwasser und unsachgemäß entsorgten Abfällen in die Gewässer gelangen. Sie empfehlen, diese Einträge aus Sicherheitsgründen zu verringern, um eine erhöhte Belastung zu vermeiden. Wie sich Mikroplastik auf die Gesundheit von Mensch und Umwelt auswirkt, ist noch nicht bekannt.

Bettina Hoffmann, umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, fordert entsprechende Maßnahmen, um den Eintrag von Plastik in Wasser zu verringern: „Wo freiwillige Vereinbarungen nur unzureichend wirken, braucht es klare Vorschriften. Die Bundesregierung sollte zügig dem Beispiel Schwedens folgen und den Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika untersagen.“ [km]

- Uni Bayreuth zu Mikroplastik in Flüssen: www.kurzlink.de/uni-bayr-mikro
- Link zur Studie: www.lfu.bayern.de/analytik_stoffe/mikroplastik/laenderbericht
- MdB Bettina Hoffmann: www.bettina-hoffmann.info/de/blog/2018/03/mikroplastik-in-fluessen.php

Schadstoffsammelstellen

Service: Mangelhaft

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert den Bürgerservice in deutschen Wertstoffhöfen. Etwa ein Drittel der von der Umweltorganisation untersuchten kommunalen Schadstoffsammelstellen sei nicht fest eingerichtet oder habe keine regelmäßigen Öffnungszeiten. Somit sei es Bürgern in vielen Kommunen nicht möglich, giftige Abfälle ordnungsgerecht zu entsorgen.

Die Umweltorganisation führte Ende 2017 Testbesuche in über 100 Wertstoffhöfen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland, Bremen und Hamburg durch. Dabei stießen die Kontrolleure auf arbeitnehmerunfreundliche Öffnungszeiten, fehlende Hinweisschilder, falsche Informationen und unsachgemäße Entsorgung der Schadstoffe. DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sagte: „In 30 von 102 untersuchten Landkreisen und Städten wurden ausschließlich mobile Sammelfahrzeuge eingesetzt oder eine Abgabe von Schadstoffen war nur an wenigen Tagen im Jahr möglich. Bürger werden so mit ihren Schadstoffen allein gelassen und fangen an, diese ‚kreativ‘ zu entsorgen. Ein unhaltbarer Zustand.“

Schadstoffhaltige Abfälle können nicht einfach über den Hausmüll entsorgt, sondern müssen durch geschulte Personen in entsprechenden Anlagen angenommen und sicher gelagert werden. [km]

- Ergebnisse der Untersuchung: www.duh.de/pu-schaum/service-check/testergebnisse-kommunale-sammelstellen

Lebensmittelsicherheit

Aus Glyphosatskandal gelernt?

■ Die EU-Kommission will die Zulassungsverfahren für Chemikalien in der Lebensmittelkette transparenter gestalten, indem Anträge und Studien der Industrie online veröffentlicht werden. Umweltverbänden gehen die Vorschläge nicht weit genug.

Mit dem Mitte April präsentierten Legislativvorschlag reagiert die EU-Kommission auf harsche Kritik an der undurchsichtigen Verlängerung der Glyphosatzulassung im November 2017. Damit BürgerInnen die Zulassung von Chemikalien für die Lebensmittelherstellung in Zukunft besser nachvollziehen können, sollen Studien, die als Grundlage für die Bewertung verwendet werden, bald in einem Register einsehbar sein. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) soll auch die Risiko-

analyse der Substanzen veröffentlichen. In Zweifelsfällen ist es der EFSA zudem künftig erlaubt, durch EU-Mittel finanzierte Studien in Auftrag geben können.

Greenpeace Europe fordert eine grundlegende Änderung der Testverfahren. Pestizidhersteller sollten ihre eigenen Produkte nicht selber testen dürfen, sondern es sollte die Aufgabe der EU sein.

Der Vorschlag wird nun dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten zur Diskussion vorgelegt. [km]

- ▶ Vorschlag EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP-18-2941)
- ▶ Greenpeace EU: www.kurzlink.de/greenpeace-efsa

Krebserkrankungen

Reine Luft am Arbeitsplatz

■ Die EU will die Verwendung von fünf krebserregenden Chemikalien am Arbeitsplatz einschränken. Das schlug die Kommissarin für Beschäftigung Marianne Thyssen im April vor. Die Richtlinie über Karzinogene und Mutagene soll demnach um Grenzwerte für folgende Stoffe erweitert werden:

- ▶ Cadmium und seine anorganischen Verbindungen
- ▶ Beryllium und anorganische Berylliumverbindungen

- ▶ Arsensäure und ihre Salze sowie anorganische Arsenverbindungen
- ▶ Formaldehyd
- ▶ 4,4'-Methylenbis(2-chloranilin) (MOCA).

Werden die Änderungen umgesetzt, dürfte die Luft an jedem Arbeitsplatz in der EU die Grenzwerte für diese Chemikalien nicht mehr überschreiten. Die Kommission erhofft sich, dass die Erweiterungen der Richtlinie nicht nur die Zahl der Krebserkrankungen reduzieren, „sondern auch andere gravierende gesundheitliche Probleme eindämmen, die durch Karzinogene und Mutagene hervorgerufen werden“, beispielsweise die durch Beryllium verursachte unheilbare Berylliose.

EU-Parlament und -Ministerrat müssen dem Vorschlag noch zustimmen. [km]

- ▶ Vorschlag EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP-18-2662)

Kosmetikverordnung

Schwaches EU-Nanoregister

■ Die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly hat die EU-Kommission dafür gerügt, ihrer Informationspflicht zu Nanomaterialien in kosmetischen Produkten nicht nachzukommen.

Die Umweltrechtsorganisation ClientEarth hatte sich im vergangenen Jahr bei der Ombudsfrau über die Weigerung der Kommission beschwert, Herstellerangaben und einen Katalogentwurf zu Nanomaterialien zu veröffentlichen. O'Reilly gab der Beschwerde nun Recht und bezeichnete die Vorgehensweise der Kommission als Verwaltungssmissstand. Die Kommission hätte die von Herstellern eingereichten Informationen zu den Inhaltsstoffen kosmetischer Produkte herausgeben können und solle ihre Pflicht nun im Nachhinein erfüllen.

Seit Januar 2014 muss die Kommission laut der Kosmetikverordnung einen Katalog veröffentlichen, der auflistet, welche Nanomaterialien in welchen kosmetischen Produkten enthalten sind. Nach dreijährigem Verzug wurde das Register im Juli 2017 zugänglich gemacht. ClientEarth bemängelt jedoch, dass wichtige Informationen nicht darin enthalten sind: „Der Nanomaterialienkatalog, der letztlich von der Kommission veröffentlicht wurde, ist für die KonsumentInnen leider nutzlos, weil er nicht identifiziert, welche Produkte Nanomaterialien enthalten“, sagte ClientEarth-Anwältin Alice Bernard.

Nanomaterialien sind mikroskopisch kleine Partikel, die in vielen Alltagsgegenständen enthalten sind. Ihre Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit

Nachhaltigkeit

A-Z



Zum Umgang mit
Lebensmittelabfällen
in Care-Einrichtungen

G wie Gemeinschaftsverpflegung

Lebensmittelabfälle zu verringern ist ein wichtiger Beitrag zum Ressourcenschutz und erklärtes internationales Ziel. Der Bereich Gemeinschaftsverpflegung steht dabei vor besonderen Herausforderungen, das gilt auch für Gesundheitseinrichtungen. Dieses Buch liefert die lang erwartete Analyse der Branche, es bietet wichtige Erkenntnisse und Lösungsvorschläge für ein unterschätztes Problem.

C. Göbel
Zum Umgang mit Lebensmittelabfällen in Care-Einrichtungen
Situationsanalyse und organisationstheoretische Gestaltungsempfehlungen
202 Seiten, broschiert, 30,- Euro, ISBN 978-3-96238-064-9

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



sind noch nicht ausreichend erforscht. Die Kommission muss bis Mitte Juni auf die Empfehlung der Bürgerbeauftragten reagieren. [km]

- Empfehlung Ombudsfrau:
www.ombudsman.europa.eu/en/cases/recommendation.faces/en/91138/html.bookmark
- ClientEarth: www.kurzlink.de/clientearth-nano

Luftqualität

Klagen angekündigt

■ EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat Ende März bekannt gegeben, mehrere Mitgliedstaaten wegen ständiger Verletzung der Luftqualitätswerte zu verklagen.

Nach gründlicher Analyse der von den Mitgliedstaaten eingereichten Vorschläge für saubere Luft sei die Kommission zu dem Schluss gekommen, mehrere Fälle weiterzuverfolgen und Ende April rechtliche Schritte einzuleiten. Das erklärte Vella vor dem Umweltausschuss des EU-Parlaments. Welche der neun betroffenen Länder mit einer Klage rechnen müssen, sagte er nicht.

Anfang Februar hatte der Umweltkommissar konkrete Maßnahmen gegen Luftverschmutzung von Deutschland, Tschechien, Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Großbritannien gefordert, nachdem diese jahrelang die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub überschritten hatten.

Margherita Tolotto, zuständig für Luftqualität beim Europäischen Umweltbüro, lobte Vellas Ankündigung: „Wir haben immer noch keine Vorschläge mit Maßnahmen gesehen, die solide genug sind, um die europäische Krise der Luftverschmutzung zu bewältigen. Die Kommission hat keine Wahl und muss die europäischen BürgerInnen vor gefährlicher Verschmutzung schützen.“ [km]

- Rede vor Umweltausschuss:
www.kurzlink.de/ec-vella-envi
- Nachricht Metamag:
www.kurzlink.de/metamag-cleanair

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel I

Immer teurer

■ Die Weltmeteorologie-Organisation (World Meteorological Organization, WMO) der Vereinten Nationen hat 2017 als das bislang teuerste Jahr aufgrund schwerer Wetter- und Klimaereignisse eingestuft. Das geht aus dem aktuellen Zustandsbericht vom März dieses Jahres hervor.

So gab es die teuerste Hurrikan-Saison im Nordatlantik: Harvey, Irma und Maria verursachten Schäden von 265 Milliarden US-Dollar in der Karibik und den USA. Das zweite Jahr in Folge setzte sich eine massive Korallenbleiche im Großen Barriereriff (Great Barrier Reef) fort. In Südasiens waren Millionen Menschen von Überschwemmungen betroffen. Die Landwirtschaft war für mehr als ein Viertel der Zerstörungen und Verluste verantwortlich, die in Verbindung mit klimabedingten Katastrophen stehen. Rund 30 Prozent der Weltbevölkerung war extremen Hitzewellen ausgesetzt. In Ostafrika trat eine der schlimmsten Dürren überhaupt auf, die in Somalia fast 900.000 Menschen in die Flucht trieb. Weltweit wüteten zahllose, zerstörerische Wald- und Buschbrände.

Die globale Durchschnittstemperatur lag 1,1 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Die WMO zählt 2017 zu den drei heißesten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. [aw]

- www.library.wmo.int/opac/index.php?lvl=notice_display&id=20220#.Wr04jpcxIhF

Klimawandel II

Massiver Artenverlust droht

■ ForscherInnen des WWF Großbritannien, der Universität von East Anglia sowie der James-Cook-Universität haben in einer umfassenden Studie dargelegt, dass der weltweite, ungebremste Temperaturanstieg die Hälfte der Tier- und Pflanzenarten in

biologisch besonders wichtigen Regionen erheblich gefährdet.

Für die im März publizierte Studie haben die ForscherInnen für 35 Regionen, darunter der Amazonas, Madagaskar, das Mittelmeer und der östliche Himalaja, rund 80.000 Tier- und Pflanzenarten berücksichtigt. Bei einer Erderwärmung von 4,5 Grad Celsius und den damit einhergehenden Extremwetterereignissen drohe in diesen Regionen die Hälfte der Tier- und Pflanzenarten lokal auszusterben. Bei einer Erwärmung von 2 Grad ist jede vierte Art in diesen Regionen in Gefahr. Bisher sind die globalen Temperaturen im Vergleich zur vorindustriellen Zeit bereits um 1 Grad gestiegen.

Die Studie ist in der Fachzeitschrift *Climate Change* erschienen. [aw]

- Zusammenfassung:
www.wwf.org.uk/sites/default/files/2018-03/WWF_Wildlife_in_a_Warming_World.pdf

Treibhausgasemissionen

Irreführende Szenarien

■ Die US-amerikanischen Wissenschaftsinstitute Oil Change International und Institute for Energy Efficiency and Financial Analysis (IEEFA) haben mit einer Studie die Internationale Energieagentur (IEA) für ihren World Energy Outlook 2017 kritisiert. Die darin angegebene Menge fossiler Energieträger, die angeblich noch verbrannt werden dürfe, ist in Wirklichkeit mit dem festgelegten Zwei-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens unvereinbar. Die größte Gefahr sehen die AutorInnen der Studie in den energiepolitischen Entscheidungen, die Regierungen aufgrund der verzerrten IEA-Prognosen treffen würden. Die IEA begünstige die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle. Mit dem World Energy Outlook liefert die zur OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gehörende Agentur jedes Jahr Vorhersagen, wie sich der globale Energiesektor entwickelt.

Die IEA stellte wiederum in einem Bericht (Global Energy and CO₂-Status Report) vom März einen weltweiten Anstieg der Treibhausgasemissionen im Jahr 2017 fest.

Die Emissionen erreichten ein historisch hohes Niveau von 32,5 Gigatonnen. Die IEA führt den Anstieg auf globales Wirtschaftswachstum, einen niedrigen Ölpreis und geringe Energieeffizienz zurück. Asien ist für zwei Drittel aller Treibhausgase verantwortlich. In der EU stiegen die Emissionen um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. [aw]

- ▶ Studie von Oil Change International und IEEFA: www.priceofoil.org/2018/04/04/off-track-the-iaa-and-climate-change
- ▶ IEA-Bericht: www.iea.org/geco

Internationale Seeschifffahrt

Enttäuschende Strategie

Die Vertragsstaaten der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation der Vereinten Nationen (IMO) haben im April eine Strategie zur Verringerung von Treibhausgasemissionen in der Branche verabschiedet.

21 Jahre, nachdem die IMO dazu beauftragt wurde, fasste der verantwortliche Ausschuss für marinen Umweltschutz (MEPC) den Beschluss, Emissionen von Schiffen bis 2050 im Vergleich zu 2008 mindestens zu halbieren und dann weiter auf null zu senken. Zudem soll die Energieeffizienz um 40 Prozent bis 2030 und um 50 bis 70 Prozent bis 2050 steigen.

Politisch sei der Plan zwar ein Fortschritt. Das Ergebnis werteten KlimaschützerInnen dennoch als unzureichenden Beitrag für den internationalen Klimaschutz. Die Clean Shipping Coalition (CSC), ein Zusammenschluss mehrerer Umweltschutzverbände wie NABU, Seas at Risk sowie Transport and Environment, kritisierte vor allem, dass eindeutige Maßnahmen zur Umsetzung der IMO-Strategie fehlten. Als progressiv geltende Staaten, etwa die pazifischen und karibischen Inselstaaten sowie die EU, müssten nun alles daransetzen, Druck auf wenig ambitionierte Staaten wie die USA, Saudi-Arabien und Brasilien auszuüben. [aw]

- ▶ IMO: www.kurzlink.de/imo-strategie03.2018
- ▶ Clean Shipping Coalition: www.kurzlink.de/csc-imo-130418

Fossile Energien

Klimaklage gegen Shell

Die niederländische Sektion der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth hat angekündigt, den Mineralöl- und Erdgaskonzern Shell wegen dessen Nichtstun beim Klimaschutz verklagen zu wollen.

Friends of the Earth begründeten den angedrohten Gang zum Gericht damit, dass das Unternehmen nicht genug tue, um seinen klimaschädigenden Einfluss weltweit zu verringern. Shell müsse endlich seine unternehmerischen Entscheidungen und Praktiken in Einklang mit dem Klimaschutzabkommen von Paris bringen. Der Ölkonzern habe nun acht Wochen Zeit, auf die Ankündigung von Friends of the Earth aus den Niederlanden zu reagieren.

Nach Einschätzung der britischen Umweltrechtsorganisation ClientEarth habe dieser Fall große juristische Auswirkungen. Er könnte ein Türöffner für weitere Gerichtsverfahren gegen andere transnationale Energieriesen sein, die auf fossile Energien setzen.

Es wird erwartet, dass das Gerichtsverfahren im Herbst dieses Jahres beginnt. Nach Angaben von ClientEarth unterstützen bereits über 15.000 NiederländerInnen das Vorhaben, gerichtlich gegen Shell vorzugehen. [aw]

- ▶ Friends of the Earth: www.foeeurope.org/shell-climate-change-lawsuit-040418
- ▶ ClientEarth: www.kurzlink.de/ce-shell-040418

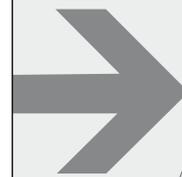
EU-Klimaschutz I

Zeit für neue Ziele

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben der EU-Kommission im März einen klaren Arbeitsauftrag erteilt: Die langfristigen EU-Klimaziele müssen an das Pariser Klimaabkommen angepasst werden. In seinen Schlussfolgerungen fordert der Rat die Kommission auf, „bis zum ersten Quartal 2019 einen Vorschlag für eine Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Überein-

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wahrnehmen

Wer fühlt sich heutzutage noch wohl angesichts von Meeren voller Plastik, Klimawandel, Ressourcenproblematik oder Artensterben? In seinem neuen Buch entwirft Gerhard Frank ein Szenario für einen Weg in eine nachhaltige Zukunft auf Basis unseres Erlebens. Er entwirft dabei ein Panorama, in dem Fühlen, Wahrnehmen, Tagträumen, Denken und Kommunizieren als selbstständige Teile zusammenwirken und ein lebendiges Ganzes formen.

G. Frank

Zukunft schaffen

Vom guten Erleben als Werkzeug des Wandels
292 Seiten, broschiert, 25,- Euro,
ISBN 978-3-96238-046-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

kommens von Paris vorzulegen, wobei die nationalen Pläne zu berücksichtigen sind“.

Hermann Ott, Präsidiiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings, kommentierte: „Um die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, reichen die gegenwärtige Politik der EU und die bestehenden Klimaziele nicht aus. Daher brauchen wir dringend eine von allen EU-Staaten mitgetragene Strategie, mit dem Ziel, im Jahr 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Wir begrüßen, dass die EU-Staatsoberhäupter diese drängende Tatsache erkannt haben und Handlungsbedarf sehen.“

Die Direktorin des europäischen Büros des WWF Andrea Kohl appellierte an die EU-Mitgliedstaaten, nun mit dem gleichen energischen Einsatz die Gesetzesvorhaben des EU-Winterpakets zu verhandeln. Dazu zählen die Novellierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sowie der Energieeffizienz-Richtlinie und die Schaffung einer Governance-Verordnung.

Der nächste Europäische Rat findet am 28. und 29. Juni statt. [aw]

► Schlussfolgerungen:

www.consilium.europa.eu/media/33432/22-euco-intermediary-conclusions-de.pdf

► Reaktion DNR: www.kurzlink.de/dnr-pm-230318

► Reaktion WWF European Office: www.wwf.eu/?uNewsID=325114

EU-Klimaschutz II

Weniger Nutztiere nutzen dem Klima

■ Ein breites Bündnis von europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen hat vor Ostern mit einem offenen Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Ratspräsident Donald Tusk und EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani appelliert, die Anzahl von Nutztieren in landwirtschaftlichen Betrieben drastisch zu verringern. Somit könne der Agrarsektor einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Natio-

nen (FAO) ist die Nutztierhaltung für 14,5 Prozent aller Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich. Die Emissionen sind insbesondere zurückzuführen auf die Düngemittel- und Tierfutterproduktion, auf die Umwandlung von Wald- oder Feuchtgebieten in Acker- und Weideland sowie auf den Methangasausstoß von Wiederkäuern.

Neben klimaschädlichen Auswirkungen kommen Gesundheitsrisiken hinzu: Aufgrund des massiven Antibiotika-Einsatzes entwickeln sich mehr und mehr multiresistente Bakterien und Viren. Tierseuchen wie Vogelgrippe oder Schweinepest breiten sich aus, die Luft ist durch Ammoniak stark belastet.

Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören BirdLife Europe, das Europäische Umweltbüro, der WWF, Friends of the Earth Europe, Fern, Vier Pfoten, Greenpeace, Slowfood und weitere. [aw]

► Offener Brief:

www.kurzlink.de/animal-farming-2603

EU-Klimaschutz III

Drei wichtige Trilogie beendet

■ Das EU-Parlament hat auf seiner Plenarsitzung im April den Kompromisstexten aus den interinstitutionellen Verhandlungen zur Lastenteilung (Effort Sharing Regulation, ESR), zur Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) sowie zur Novelle der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie (EPBD) zugestimmt.

Mit der ESR soll der CO₂-Ausstoß aus Landwirtschaft, Verkehr, Bauwesen und Abfall bis 2030 um mindestens 30 Prozent gegenüber 2005 verringert werden. Bei LULUCF sollen die CO₂-Emissionen und die CO₂-Bindung bis 2030 ausgeglichen sein. Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass ab 2030 mehr CO₂ absorbiert als ausgestoßen wird. Die EPBD verpflichtet die EU-Länder, langfristige Renovierungsstrategien zu erarbeiten, um Gebäude energieeffizienter zu machen. So werden finanzielle Einsparungen ermöglicht und neue Arbeitsplätze im Renovierungs- und Bausektor geschaffen.

Alle drei Gesetzestexte müssen noch formal durch den Rat der EU gebilligt werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. 20 Tage danach treten die Gesetze in Kraft. [aw]

► Angenommene Texte: www.europarl.europa.eu/plenary/en/texts-adopted.html

EU-Energiebinnenmarkt

Gasimporte strenger regeln

■ Pipelines wie Nord Stream 1 und Nord Stream 2, welche Erdgas aus Drittstaaten wie Russland in die EU leiten, müssen den Vorschriften des europäischen Energiebinnenmarktes entsprechen. Dies beschlossen die EU-Abgeordneten auf ihrer Plenartagung im April.

Die Regeln über Gasimporte sollen für alle neuen und bereits existierenden Pipelines in die und aus der EU gelten. Ausnahmeregelungen müssen zeitlich auf maximal fünf Jahre begrenzt werden. Die EU kann bei Regelverstößen Wirtschaftssanktionen gegen Drittstaaten verhängen. Auch dürfen die Pipelines von Gasproduzenten betrieben werden. Drittanbieter sollen die Pipelines nutzen können. Unabhängige Aufsichtsbehörden sollen die Einhaltung dieser Regeln überwachen.

Die EU bezieht ihr Gas zu mehr als zwei Dritteln durch Importe. Aus Russland kamen 2016 rund 42 Prozent der Einfuhren, aus Norwegen 34 Prozent und 10 Prozent aus Algerien.

Der politisch und aus Umweltschutzgründen höchst umstrittene Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist bereits von Deutschland und Finnland genehmigt worden. Genehmigungen von Dänemark, Schweden und Russland stehen noch aus. Länder wie Polen und die baltischen Staaten lehnen die Pipeline wegen der befürchteten zunehmenden Abhängigkeit der EU von russischen Gaslieferungen ab. [jg, aw]

► Angenommener Text:

www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html

► Dossier: www.kurzlink.de/euparl-gasimp04.2018

Bundesweiter Klimaschutz

Durchwachsene Bilanz

■ Zwar sind die Treibhausgasemissionen im deutschen Energiesektor mit einem Minus von 13,7 Millionen Tonnen in 2017 gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Im Verkehr sind sie 2017 jedoch um 3,8 Millionen Tonnen angestiegen. Das entspricht einem Plus von 2,3 Prozent im Vergleich zu 2016. Das geht aus der Klimabilanz 2017 hervor, die das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) im März veröffentlicht haben.

Weiter heißt es im Bericht, dass Deutschland gegenüber 1990 seine Emissionen bis zum Jahr 2017 um 27,7 Prozent gesenkt habe. Das für 2020 vereinbarte Klimaziel von 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen soll „so schnell wie möglich erreicht werden“, erklärte das UBA.

Die designierte Bundesumweltministerin Svenja Schulze erklärte: „Die Klimabilanz 2017 zeigt ein gemischtes Bild. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir bereits viel erreicht. Im Verkehrsbe- reich geht die Entwicklung leider immer noch in die falsche Richtung. Für Klimaschutz und saubere Luft brauchen wir eine grundlegende Verkehrswende. Das muss ein Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode werden. Wir werden in diesem Jahr

erstmal ein Klimaschutzgesetz vorbereiten und 2019 verabschieden. Damit werden wir sicherstellen, dass wir das 2030-Ziel zuverlässig und verbindlich erreichen.“ [aw]

► www.kurzlink.de/klimabilanz-270318

Deutscher Kohleausstieg

Petition und Volksinitiative

■ Die Umweltschutzorganisation Urgewald hat eine Onlinepetition ins Leben gerufen, die an die Vorstandschefs der Versicherungskonzerne Allianz und Münchener Rück appelliert, Investitionen in polnische Kohleförderprojekte zu unterlassen.

Recherchen des internationalen Umweltbündnisses Unfriend Coal zufolge sind die Versicherer über Tochterunternehmen in die Planung neuer Kohlekraftwerke in Polen involviert. Ein Drittel davon ist bereits im Bau. Sogar neue Kohlegruben sollen entstehen. Seit 2013 hat die Allianz mindestens neun, die Münchener-Rück-Tochter Ergo Hestia mindestens zwölf Versicherungsverträge für polnische Kohlefirmen abgeschlossen. Und das, obwohl beide Konzerne seit Jahren vor den Folgen des Klimawandels warnen. Diesen „unhaltbaren Widerspruch“ kritisiert Urgewald und fordert ein sofortiges Umlenken der Versicherungskonzerne.

In Hamburg hat die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ im April die notwendigen 10.000 Unterschriften gesammelt. Ziel der Initiative ist, gesetzlich festzuschreiben, dass in Hamburg ab 2025 keine Wärme und ab 2030 kein Strom mehr aus Kohle produziert werden. Die Hamburger Bürgerschaft muss entscheiden, ob sie der Initiative folgt. [aw]

► Urgewald-Petition:

www.urgewald.org/protest/allianz-feb-2018

► Hamburger Volksinitiative:

www.tschuess-kohle.de

KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherrechte

EU will Kunden stärken

■ Die EU-Kommission hat Mitte April ein Maßnahmenpaket für einen besseren Verbraucherschutz vorgeschlagen. Der sogenannte New Deal für Konsumenten beinhaltet die Möglichkeit der Sammelklage.

Das Legislativpaket mit dem Titel „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher“ sieht vor, dass Verbraucher künftig kollektiven Rechtsschutz, also europäisch geregelte Verbandsklagen in An-



Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

jetzt NEU:
greenya NordOst
FÜR BERLIN-BB,
MV, HH UND SH

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

<input type="checkbox"/> Nord-Ost (MV, BB, HH, SH) <input type="checkbox"/> Berlin & alle neuen Bundesländer	<input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen <input type="checkbox"/> Niedersachsen Bremen
---	---

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. oekom 23.03.18

spruch nehmen können. Das gilt beispielsweise für Verstöße bei der Energieversorgung oder Gesundheit und Umwelt.

Ein Auslöser für die Initiative von EU-Verbraucherkommissarin Věra Jourová war der Dieselskandal. Denn obwohl die Verbraucherschutzvorschriften der EU zu den strengsten weltweit zählen, zeigte der Betrugsskandal mit Dieselfahrzeugen, dass sie umgangen werden können und es für Betroffene schwer ist, Entschädigung zu bekommen. Die neuen Regeln umfassen auch härtere Sanktionen bei Verstößen. Demnach sollen Unternehmen künftig Strafen von bis zu vier Prozent ihres Jahresumsatzes zahlen.

Der Europäische Verbraucherverband (BEUC) bezeichnete die Pläne der EU-Kommission als deutliche Verbesserung, aber ein Quantensprung seien sie nicht. Schärfere Strafen und Sammelklagen seien längst überfällig, sagte die Generalsekretärin von BEUC Monique Goyens. Der Verband befürchtet, dass Verfahren zu lange dauern und die Mitgliedstaaten zu großen Spielraum haben könnten, festzulegen, in welchen Fällen die Sammelklage greift. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zum New Deal für Konsumenten: www.europa.eu/rapid (Search: IP-18-3041)
- ▶ Vorschlag und Rechtsdokumente zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für Verbraucher: www.ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=620435
- ▶ Reaktion BEUC: www.kurzlink.de/beuc-new-deal04.2018

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Landwirtschaftspolitik

Umwelt weiter vernachlässigt

■ Ende März hat der Europäische Rechnungshof moniert, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union in Sachen Umweltschutz nicht vorankommt. Zur gleichen Zeit gab es im EU-Agrarrat keine Einigung über die

künftige Reform der GAP. Ein Konsens unter den Landwirtschaftsministern sei daran gescheitert, dass fünf EU-Staaten auf eine vollständige und EU-weite Angleichung der Direktzahlungen an Landwirte bestanden hätten, sagte EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan. Die künftige Verteilung der Mittel stand im Mittelpunkt der Debatten, weil die EU-Agrarausgaben wegen des Brexit ab 2020 deutlich sinken könnten.

Der NABU und sein Dachverband BirdLife Europe kritisierten die Erklärung des EU-Rats. Zwar hätten die EU-Landwirtschaftsminister verkündet, die Agrarpolitik künftig nachhaltiger gestalten zu wollen, gleichzeitig ließen sie aber den Willen vermissen, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Stattdessen wollten sie weiterhin am bisherigen System festhalten. Dieses macht mit derzeit rund 60 Milliarden Euro und fast 40 Prozent den größten Posten des EU-Haushalts aus.

Nach Ansicht der beiden Naturschutzverbände geht die Haltung der Agrarminister an der Realität vorbei, etwa die Behauptung, die GAP, die derzeit 70 Prozent der Gelder pauschal nach Hektar und ohne Umweltziele verteilt, erbringe bereits hohe Leistungen für die Umwelt und Gesellschaft. Das Gegenteil sei der Fall. So weise beispielsweise der kürzlich veröffentlichte „Fitness-Check“ der EU-Agrarpolitik nach, dass die Direktzahlungen und das sogenannte Greening unwirksam seien.

Der Europäische Rechnungshof kommt bei seiner Bewertung der bisherigen Vorschläge zur GAP zum gleichen Schluss. Er forderte, dass künftige Ausgaben für landwirtschaftliche Betriebe auf ehrgeizigen und relevanten Leistungszielen beruhen sollen.

Im März forderte der DNR, der der Agrarplattform, einem Zusammenschluss deutscher Umwelt- und Landwirtschaftsverbände angehört, die EU-Agrarpolitik deutlich zu ändern, damit diese gesellschaftlichen Mehrwert bringt. [mbu]

- ▶ Stellungnahme der Verbände: www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-03-Plattform-StellungnKOM-Mitteilung.pdf

- ▶ Neue Forderungen des Europäischen Rechnungshofs an die künftige EU-Agrarpolitik (in Englisch): www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/Briefing_paper_CAP/Briefing_paper_CAP_EN.pdf
- ▶ Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs zur den derzeitigen GAP-Vorschlägen: www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR17_21/SR_GREENING_DE.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Białowieża-Urwald

Gutes Ende für Naturschutz

■ Im April hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) im Streit um das Fällen von Bäumen im polnischen Urwald Białowieża sein Urteil gefällt: Polen handelt unionsrechtswidrig. Nach Auffassung des Gerichts verstößt Polen mit seinen Maßnahmen zur aktiven Waldbewirtschaftung gegen seine Verpflichtungen zum EU-Naturschutz gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie. Auch die Verträglichkeitsprüfung, die die polnischen Behörden 2015 durchgeführt hatten, konnte die Zweifel an schädlichen Auswirkungen der Bewirtschaftung nicht ausräumen.

Deutsche Umweltschutzorganisationen begrüßten das Urteil. Christoph Heinrich vom WWF Deutschland sagte: „Mit dem Urteil wurde ein Angriff auf ein einzigartiges Naturdenkmal abgewehrt. Das ist ein wichtiges Signal für den Naturschutz in Europa“ (siehe Kommentar, S. 15).

Der Umweltrechtsexperte Raphael Weyland vom Naturschutzbund NABU erläuterte: „Wieder einmal musste ein Gericht – zusammen mit vielen engagierten Umweltaktivisten vor Ort – die Achtung des EU-Umweltrechts sicherstellen. Gerade die Zwangsgeldandrohung hat sich im Verfahren als effektiv bewiesen. Hiervon sollte die EU-Kommission in Zukunft noch viel stärker Gebrauch machen. Es ist für eine an dem Rechtsstaatsprinzip ausgerichtete EU nicht hinnehmbar, dass Mitgliedstaaten meinen, EU-Umweltrecht missachten zu können.“

Die Naturschutzstiftung EuroNatur und die rumänische Naturschutzorganisation Agent Green wiesen vor diesem Hintergrund auf systematische Abholzungen hin, die derzeit in Rumänien geschehen, wo sich zwei Drittel der letzten Urwälder Europas befinden. Die rumänische Regierung ignoriere den illegalen Holzeinschlag. „Wir fordern die EU-Institutionen auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die katastrophale Verwüstung der größten Urwaldreste der EU in Rumänien zu stoppen. Die Dimension dieses Dramas in Rumänien übertrifft den polnischen Fall bei Weitem – doch fast niemand nimmt das zur Kenntnis“, kritisierte Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer von EuroNatur. [aw]

- ▶ EuGH-Urteil: <http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-441/17>
- ▶ WWF Deutschland: www.wwf.de/2018/april/in-die-schranken-verwiesen
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/nabu-eugh-Bialo04.18
- ▶ Reaktion EuroNatur und Agent Green: www.kurzlink.de/save-bialo-170418

Biodiversität global

Zustand ist kritisch

■ Das Wohlbefinden von zwei Fünfteln der Menschheit ist durch die zunehmende Verschlechterung der Bodenqualität in Gefahr. Auch der Artenschwund und der Klimawandel gehen rasant weiter. All dies verschärft bereits schwelende Konflikte und erhöht die Migrationsbewegungen. Davor haben die TeilnehmerInnen auf dem sechsten Treffen des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) gewarnt, der vom 17. bis 24. März im kolumbianischen Medellín stattfand.

IPBES hat fünf Berichte verabschiedet, die den weltweiten Zustand der biologischen Vielfalt bewerten. Vier Berichte beziehen sich auf die Weltregionen Amerika (Nord und Süd), Asien und Pazifik, Afrika sowie Europa und Zentralasien. Der fünfte Bericht widmet sich der Qualitätsverschlechterung von Landschaften und Böden, die allein im Jahr 2010 rund zehn Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der Welt gekostet hat.

In der EU weisen nur sieben Prozent der marinen Arten und neun Prozent der marinen Lebensräume einen günstigen Erhaltungszustand auf. Darüber hinaus befinden sich 27 Prozent der Arten und 66 Prozent der Lebensraumtypen in einem „ungünstigen Erhaltungszustand“. Höchst problematisch sei die zunehmende Intensität der konventionellen Land- und Forstwirtschaft, die zum Rückgang der Biodiversität und natürlicher Bestäubung führe sowie auf Kosten der Böden gehe. IPBES empfiehlt eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch. Dafür bedarf es weitreichender Politikänderungen und Steuerreformen auf globaler und nationaler Ebene. Zudem trage die aktuelle Subventionspolitik zur Verschärfung von Landnutzungskonflikten bei. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/ipbes-biodiv-1
- ▶ www.kurzlink.de/ipbes-biodiv-2

Neonikotinoide

Entscheidung vertagt

■ Der ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (SCO-PAFF) der EU-Kommission hat die für Ende März geplante Entscheidung über ein Verbot von Neonikotinoiden auf Ende April verschoben, obwohl Umweltverbände auf eine rasche Entscheidung drängten. BUND, NABU und Deutscher Naturschutzring (DNR) fordern Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner auf, sich bedingungslos für ein EU-weites Verbot von Neonikotinoiden sowie der gesamten Wirkstoffgruppe einzusetzen. „Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Lebensbedingungen für Insekten in der laufenden Legislaturperiode deutlich zu verbessern. Sie steht nun in der Pflicht, ihren Versprechen Taten folgen zu lassen“, sagt DNR-Generalsekretär Florian Schöne. Zudem gelte nach wie vor die Zusage des früheren Bundesagrarministers Schmidt, dass Deutschland einem EU-weiten Verbot zustimmen werde, wenn die Risikobewertung der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA

Ein großer Tag für Europa

Es ist das Ende eines langen Rechtsstreits und ein wichtiger Sieg für den Naturschutz: Am 17. April hat der Europäische Gerichtshof die Abholzungen im polnischen Nationalpark Białowieża – seit 1979 UNESCO-Welterbestätte – für illegal erklärt. Der letzte große europäische Tieflandwald, eine Ikone europäischer Natur, ist bis auf Weiteres gerettet.

Im Jahr 2016 hatte die Regierung in Warschau den Holzeinschlag im Schutzgebiet genehmigt, angeblich um die Ausbreitung des Borkenkäfers zu stoppen. Allein 2017 wurden 150.000 Bäume gefällt. Doch die Begründung war von Anfang an fadenscheinig. In einem funktionierenden Ökosystem hat auch der Borkenkäfer seinen Platz und sorgt für eine natürliche Verjüngung des Waldes. Tatsächlich geht es der rechts-nationalen Regierung Polens einerseits um den Profit aus dem Holzverkauf und andererseits um eine demonstrative Machtausübung gegenüber dem Naturschutz.

Der Europäische Gerichtshof hat nun ein Zeichen gesetzt: Der Schutz von Natur und Umwelt ist keine rein nationale Angelegenheit, sondern geht alle Europäerinnen und Europäer etwas an. Gleichzeitig kann das Urteil als Grundsatzentscheidung zugunsten der Natura-2000-Gebiete gesehen werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die polnische Regierung nach neuen Wegen sucht, um weiter abzuholzen. Doch erst einmal gibt es Grund zum Feiern. Und man muss auch die Helden dieses Kampfes benennen: Das Urteil aus Luxemburg markiert einen großen Tag für Europa. Wie häufig die Europäische Union auch gescholten wird, mal berechtigter Weise, mal zu Unrecht: Sie hat mit ihrem Rechtssystem die Menschen in Polen und in Europa davor bewahrt, aus kurzfristigen finanziellen Interessen einen Lebensraum von europäischem Rang zu verlieren.

Christoph Heinrich ist Vorstand Naturschutz beim WWF Deutschland.

diese Notwendigkeit bestätigt, was nun erfolgt sei. Die von Ministerin Klöckner vorgeschlagenen Blühstreifenprogramme seien eine durchaus sinnvolle Maßnahme, könnten ein Verbot der bienengefährlichen Pestizide aber keinesfalls ersetzen.

Da Neonikotinoide auch über den Boden ausgewaschen würden, könnten auf benachbarten Flächen wachsende Wildkräuter ebenfalls kontaminiert und die Stoffe über den Pollen und Nektar von Insekten aufgenommen werden (siehe auch Artikel, Seite 2). [jg]

► www.kurzlink.de/dnr-pm-neonik

Entwaldung

Die vermeidbare Krise

■ Importe von Soja, Kakao und Palmöl nach Europa treiben die Abholzung von Wäldern auf der Südhalbkugel voran – mit drastischen Auswirkungen auf Umwelt und Menschen. Die Umweltorganisationen Fern, Mighty Earth und Rainforest Foundation Norway haben einen Bericht zu den Auswirkungen der europäischen Fleischindustrie auf die Länder Südamerikas veröffentlicht. Dort werden riesige Waldflächen abgeholzt, um Monokulturen wie Soja Platz zu machen. Diese Soja wird von Europa als Futtermittel importiert. Die Organisationen fordern die EU-Kommission dringend zum Handeln auf. Es brauche einen Aktionsplan und gesetzliche Bestimmungen, um den Schutz des Waldes zu garantieren. Die Kommission selbst hatte im März eine Studie zu dem Problem der importierten Abholzung und möglichen Gegenmaßnahmen veröffentlicht.

Etwa 80 Prozent der globalen Entwaldung ist auf den Landwirtschaftssektor zurückzuführen. Die „importierte Abholzung“ ist ein von der EU ausgehendes Problem. Daher müsse es auch hier bekämpft werden.

Tina Lutz, Tropenwaldreferentin bei der Umweltschutzorganisation Robin Wood erklärte: „Der Sojaanbau zerstört die grüne Lunge der Erde. Die Futtermittelindustrie hat auf die breite Kritik mit Zertifizierungssystemen der großen Agrarkonzerne Bunge,

ADM, AMAGGI oder Cargill für angeblich nachhaltige Soja reagiert – und den Raubbau fortgesetzt. Wir müssen wegkommen von den Futterimporten aus Übersee.“ [lr]

- www.fern.org/TheAvoidableCrisis
- www.ec.europa.eu/environment/forests/pdf/KH0418199ENN2.pdf
- Robin Wood: www.kurzlink.de/rw-sojaanbau-050418

Holzwirtschaft

Siegel in der Kritik

■ Greenpeace International hat im April verkündet, dass sie die Mitgliedschaft im Forest Stewardship Council (FSC), einem bekannten, internationalen Bewertungssiegel für nachhaltiges Holz, beendet. Die Entscheidung gehe auf eine nicht einheitliche Umsetzung der FSC-Regelungen zurück. Zudem führte die Umweltorganisation mangelnde Transparenz als Grund an. Das FSC gilt eigentlich als das strengste Waldzertifizierungssystem. Doch die Kritik häufte sich. Zum Beispiel, weil in Russland unter dem Deckmantel des FSC systematisch Raubbau am Urwald betrieben wird.

Auch Greenpeace Deutschland wird aus dem FSC aussteigen. Dem FSC als einzig glaubwürdigem Siegel für ökologische Waldwirtschaft sei es bisher nicht gelungen, den bestmöglichen Schutz der Wälder für Menschen, Biodiversität und Klima zu garantieren, hieß es zur Begründung. Greenpeace hofft auf eine künftige Verbesserung der FSC-Zertifizierung und ist in diesem Fall für einen Wiedereintritt offen. [lr]

- www.greenpeace.de/themen/waelder/maengelexemplar-qualitaetsiegel

Flächennutzung in Deutschland

„Fairpachten“

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat gemeinsam mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) ein Modellprojekt gestartet, das den Dialog mit Grundbesitzern

sucht. Denn nur unter Einbindung dieser Gruppe lasse sich die biologische Vielfalt auf Agrarflächen erhalten und erhöhen.

Ziel von „Fairpachten“ ist es, die Verpachtenden landwirtschaftlicher Flächen dabei zu unterstützen, durch die Pachtvertragsgestaltung die Biodiversität ihrer Flächen zu erhalten und im besten Fall sogar zu erhöhen. Möglich wird dies etwa durch einen geplanten Vertragsbaukasten mit verschiedenen Modulen und Musterverträgen, in denen eine naturverträgliche Bewirtschaftung auf den verpachteten Flächen festgeschrieben wird. Vertraglich vereinbart werden könnten etwa eine umweltschonende, ökologische Bewirtschaftung ohne Pestizide, das Anlegen von Ackerrandstreifen oder eine extensive Grünlandnutzung, bei der beispielsweise wenige Tiere auf großer Fläche weiden. Zudem soll langfristig ein Beratungsnetzwerk etabliert werden, das allen Interessenten unter den GrundbesitzerInnen bundesweit zur Verfügung steht.

Das Modellvorhaben wird von der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe koordiniert und vom BMU im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt bis 2023 finanziell gefördert. Das BfN begleitet das Projekt fachlich. [lr]

- www.kurzlink.de/bfn-fairpachten

Bundesjagdgesetz

Schutz des Wolfs in Gefahr?

■ Der Deutsche Jagdverband (DJV) hat im April in einem Positionspapier gefordert, den Wolf ins Bundesjagdgesetz aufzunehmen. Eine generelle Bejagung wäre damit nicht möglich, da der Wolf über die europäische Fauna-Flora-Habitat-(FFH)-Richtlinie weiterhin streng geschützt ist. Allerdings könnten auf Grundlage des Bundesjagdgesetzes Managementmaßnahmen erarbeitet werden. Vorstöße wie in Brandenburg und Südwestdeutschland, über Behörden bewaffnete Eingreiftruppen zu schaffen, lehnt der DJV ab.

Moritz Klose, Wildbiologe beim WWF Deutschland, wies die DJV-Forderung zu-

rück: „Die Entnahme von einzelnen Wölfen, die wiederholt Nutztiere trotz Schutzmaßnahmen angreifen, oder von aggressiven Wölfen, ist über das Bundesnaturschutzgesetz jetzt schon möglich. Eine Aufnahme ins Jagdrecht braucht es dafür nicht. Die wirklichen Konflikte mit der Rückkehr des Wolfes entstehen bei Übergriffen auf Nutztiere. Hier hilft nur flächendeckender Herdenschutz, bei dem die Weidetierhalter unterstützt werden müssen.“ [aw]

- ▶ DJV-Papier: www.jagdverband.de/sites/default/files/2018-04%20DJV%20Position%20Wolf.pdf
- ▶ WWF: www.wwf.de/2018/april/von-jaegern-und-gejagten

TIERSCHUTZ & ETHIK

Kennzeichnung der Tierhaltung

Frischfleisch mit Haltungskompass

■ Seit April können Kunden bei Lidl Fleisch kaufen, von dem sie wissen, wie das Tier zuvor gehalten wurde. Etikettiert ist ausschließlich deutsche Rohware der Lidl-Eigenmarken mit dem sogenannten Haltungskompass.

Das Konzept des Haltungskompasses hat vier Stufen:

- ▶ Stufe 1 – „Stallhaltung“ – entspricht den geltenden gesetzlichen Bestimmungen.
- ▶ Stufe 2 – „Stallhaltung Plus“ – erfüllt die Vorgaben der Brancheninitiative Tierwohl (mehr Platz als vorgeschrieben sowie Beschäftigungsmaterial für die Tiere).
- ▶ Stufe 3 – „Auslauf“ – bedeutet weitergehende Anforderungen (noch mehr Platz als in Stufe 2 und Zugang zu Außenklimabereichen für die Tiere; außerdem Futtermittel ohne Gentechnik).
- ▶ Stufe 4 – „Bio“ – ist das Label für ökologisch erzeugtes Fleisch.

Bis 2019 will das Unternehmen es schaffen, dass etwa die Hälfte seiner Frischfleischprodukte mindestens der Stufe 2 genügt.

Der Deutsche Tierschutzbund hält die Maßnahme von Lidl grundsätzlich für gut, findet aber, dass sie im Detail noch ehrgeiziger sein könnte und an einigen Stellen noch Verbesserungsbedarf bestehe. „Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt, endlich mehr Transparenz für den Verbraucher am Fleischregal zu schaffen. Der Lidl-Haltungskompass konzentriert sich auf die Haltung der Tiere; durch das zweistufige Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes ‚Für Mehr Tierschutz‘ wird zudem die Kette bis hin zum Schlachthof transparent, nachvollziehbar und umfassender gelabelt“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Dennoch sei Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner nun in der Pflicht, ein staatliches Tierschutzlabel auf den Weg zu bringen.

Auch die internationale Tierschutzstiftung Vier Pfoten forderte Klöckner auf, eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte statt eines freiwilligen Labels einzuführen. „Die Kriterien sind schwach und qualvolle Praktiken sollen weiterhin geduldet werden“, sagte Denise Schmidt, Kampagnenleiterin von Vier Pfoten. Die Verbraucher würden mit dem Wort „Tierwohl“ geblendet. Es wäre fatal, wenn Klöckner an dem mangelhaften Prestigeprojekt ihres Vorgängers festhielte. „Die Industrie macht vor, dass eine transparente Haltungskennzeichnung möglich ist, doch sie kann keine staatliche Lösung ersetzen“, ergänzte Denise Schmidt. [mbu]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund zum Haltungskompass: www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/270318-lidl-haltungskompass/
- ▶ Vier Pfoten zur Haltungskennzeichnung: www.vier-pfoten.de/themen/tierschutzpolitik/haltungskennzeichnung

Wildtiere

Handel und Haltung regeln

■ Ende März haben der Dachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) sowie 16 Tier-, Natur- und Artenschutzverbände die neue Bundesregierung aufgefordert, Haltung und Handel von Wildtieren

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Spiritualität

Antworten auf Fragen zur Nachhaltigkeit aus dem Kloster? Die Verbindung von benediktinischer Lebensweise und nachhaltigem Lebensstil spricht klar dafür. Einblicke in die klösterliche Situation schaffen einen Weg, unser Alltagsverständnis zu hinterfragen und zu ergänzen. Interviews mit Benediktinerinnen bieten darüber hinaus reale – und aktuelle – Möglichkeiten für einen Blickwechsel.

G. Winkler

Mit Freude und Hirschnmalz – für alles, was ist

Impulse benediktinischer Spiritualität für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsstile
384 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
ISBN 978-3-96238-037-3

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

strenger zu reglementieren. Bisher ist der Markt weitgehend unreguliert, es besteht dringender Handlungsbedarf.

Auf Exotenbörsen und im Internet werden Tausende Arten gehandelt. Weil viele Privathalter mit den Tieren nicht zurechtkommen, landen diese dann in Tierheimen und Auffangstationen, die bereits im vergangenen Jahr in einem gemeinsamen Brandbrief Alarm geschlagen haben.

„Die genannten Probleme sind längst bekannt. Schon in der letzten Legislatur waren Verbesserungen angekündigt, aber leider folgte diesen Ankündigungen so gut wie nichts Konkretes. Ein weiteres Verschleppen von dringend notwendigen Regelungen durch die Bundesregierung ist nicht nur unverständlich, es ist unverantwortlich“, sagte Undine Kurth, Vizepräsidentin des DNR. [mbu]

- www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-03-Verbaende-Forderungen_Wildtierhandel.pdf

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Vorrang im EU-Haushalt

■ Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben im April EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aufgefordert, den neuen EU-Haushalt nach 2020 auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit auszurichten. 31 Organisationen aus der Zivilgesellschaft – darunter der Deutsche Naturschutzring, die Deutsche Umwelthilfe und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft – sowie Wirtschaftsverbände und Denkfabriken unterstützen den Appell an Juncker, den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2020 in Übereinstimmung mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sowie mit dem Klimaschutzabkommen von Paris zu bringen.

Ebenso empfahl eine Multi-Stakeholder-Plattform der EU-Kommission im März, die UN-Nachhaltigkeitsziele als Priorität im Langfrist-Haushalt zu behan-

deln. Am Weltglückstag überreichten die Mitglieder der Plattform ein Positionspapier an den Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans. Das Europäische Umweltbüro (EEB) und BirdLife Europe, die Teil der Plattform sind, betonten die Bedeutung der SDGs sowie die Notwendigkeit, die SDGs mit dem EU-Budget zu verknüpfen.

Für den 2. Mai wird der Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten MFR erwartet. [aw]

- Offener Brief: www.kurzlink.de/brief-juncker-mfr
- MSP-Positionspapier: www.ec.europa.eu/info/sites/info/files/adopted-position-paper-on-the-mff_en.pdf

EU-Kohäsionspolitik

Abgekoppelt vom Klimaschutz

■ Der Rat für allgemeine Angelegenheiten hat im April seine Schlussfolgerungen über die künftige Kohäsionspolitik nach 2020 beschlossen. Klimaschutz blendete er aus. Die MinisterInnen der EU-28 setzten den Schwerpunkt auf Verwaltungsaspekte, wie und nach welchen Kriterien EU-Gelder an verschiedene Regionen verteilt werden sollen. Die Antragstellung müsse erleichtert, Überschneidungen mit anderen Finanzierungsprogrammen ausgemerzt werden. Außerdem müsse der Übergang von der jetzigen in die nächste Finanzperiode reibungslos verlaufen.

Die europäische Klimaschutzorganisation CAN Europe monierte, dass klimaschutzrelevante Fragen außen vor blieben. Strukturfonds seien ein wesentliches Instrument, Klimaschutzmaßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten finanziell zu steuern. Kohäsionspolitik könne einen sozial gerechten Strukturwandel in CO₂-intensiven Regionen beschleunigen. Markus Trilling von CAN erinnerte daran, dass auch die EU-Strukturfonds unter die Bestimmung des Klimaschutz-Übereinkommens von Paris fielen, sämtliche Finanzströme am Klimaschutz auszurichten.

Die Kohäsionspolitik nimmt neben der Gemeinsamen Agrarpolitik den größten Ausgabenposten im EU-Haushalt ein – noch. Die EU-Kommission hatte im Februar Optionen für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 veröffentlicht. Drei Szenarien entwickelte sie für die Kohäsionspolitik, die alle durch Budgetkürzungen geprägt waren. [aw]

- Ratsschlussfolgerungen: www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6912-2018-INIT/en/pdf
- CAN Europe: www.kurzlink.de/can-cohesion-120418

Gesetzgebung in der EU

Transparenz im Trilog

■ Das Gericht der EU (EuG) hat im März geurteilt, dass die sogenannten Vier-Spalten-Dokumente der interinstitutionellen Verhandlungen öffentlich gemacht werden müssen.

Im Fall Emilio de Capitani gegen das Europäische Parlament gab das EuG dem Kläger Recht, dass die interinstitutionellen Verhandlungen, meist als Trilog bezeichnet, zwischen EU-Kommission, -Rat und -Parlament transparenter sein müssen. Mit dem im Geheimen ablaufenden Trilog soll das ordentliche Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene abgekürzt werden. Schätzungsweise 80 Prozent aller Gesetzgebungsprozesse, wovon das Umwelt- und Naturschutzrecht maßgeblich betroffen sind, werden mittlerweile auf diese im Verborgenen stattfindende Art und Weise abgeschlossen.

In den Vier-Spalten-Dokumenten sind die Positionen der drei verhandelnden Institutionen sowie der Kompromisstext aufgeführt. In den Versionen des Rates finden sich auch die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten, die jedoch häufig auf die Geheimhaltung ihrer Positionen während der Verhandlungen bestehen.

Der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold sagte: „Das Urteil ist ein Durchbruch für Transparenz und erlaubt Bürgern freien Zutritt in die Hinterzimmer der EU-Gesetzgebung, die nationale Regierungen bisher verrammelt hatten.“

Allerdings kann das Parlament gegen das EuG-Urteil in Revision gehen. [aw]

- ▶ EuG-Urteil: <http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=T-540/15#>
- ▶ MdEP Giegold: www.kurzlink.de/trilog-urteil-220318

Brexit

Nicht ohne Umweltschutz

■ Im April hat der Chefunterhändler der Europäischen Union für den Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft Michel Barnier gegenüber den zehn großen europäischen Umweltschutzorganisationen (Green 10) und gegenüber Abgeordneten des Europäischen Parlaments versichert, sich für eine „No-Regression“-Klausel im Austrittsabkommen mit Großbritannien einzusetzen. Dadurch sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen im Umweltbereich sowie hohe europäische Umweltstandards garantiert werden.

Im März verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs Leitlinien für die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU-27 während der Übergangsphase. Um Klimaschutz und Umweltbelange geht es darin allerdings nur am Rande. So heißt es lediglich unter

Punkt 9, dass die künftige Partnerschaft „die globalen Herausforderungen insbesondere im Bereich des Klimaschutzes, nachhaltiger Entwicklung sowie grenzüberschreitender Verschmutzung weiter in enger Zusammenarbeit angehen“ sollte. Ein Großteil des Austrittsabkommens steht, die Übergangszeit soll bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen sein. [jg, aw]

- ▶ Barnier und Green 10: www.metamag.org/2018/04/12/time-for-race-to-the-top-on-green-standards-post-brexit
- ▶ Brexit-Leitlinien: www.consilium.europa.eu/media/33458/23-euco-art50-guidelines.pdf

Verfassungswidrige Grundsteuer

Chance für den Boden

■ Das Bundesverfassungsgericht hat im April die Regelungen des Bewertungsgesetzes zur Einheitsbewertung von Grundvermögen in den alten Bundesländern für verfassungswidrig erklärt, da sie nach Ansicht der RichterInnen seit 2002 mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar sind.

Der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Hubert Weiger begrüßte das Urteil zur

Bemessung der Grundsteuer und forderte: „Die Steuer müsse den Umgang mit der begrenzten Ressource Boden in Richtung nachhaltiger Nutzung lenken. Bodenspekulationen und flächenfressende Bebauung dürften nicht noch steuerlich begünstigt werden.“ Eine am Immobilienwert ausgerichtete Grundsteuer lehnt der BUND jedoch ab, da sie klimafreundliche Investitionen in die thermische Sanierung des Gebäudebestands erschweren würde.

Der Gesetzgeber muss spätestens bis zum 31. Dezember 2019 eine Neuregelung treffen. [aw]

- ▶ BVerfG-Urteil: www.kurzlink.de/grundsteuer-100418
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bodenbezug-100418

Umweltrecht

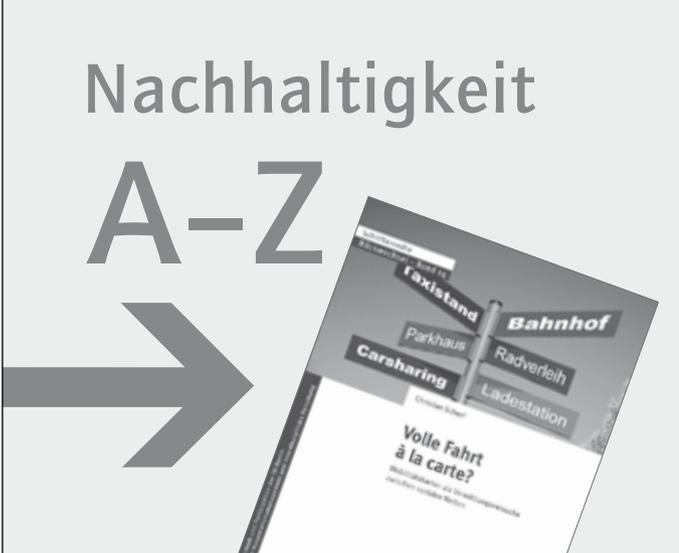
Besser durchsetzen

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat im April eine Studie über Probleme und Lösungsansätze bei der Durchsetzung von Umweltrecht in Deutschland veröffentlicht.

Die vom Öko-Institut Berlin erstellte und vom UBA in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Vollzugsbehörden in Deutschland einen horizontalen

Nachhaltigkeit

A-Z



M wie Mobilitätskarte

Mit Carsharing zur Haltestelle, mit dem Bus zum Bahnhof, mit dem Zug zur nächsten Stadt, mit dem Leihrad zum Geschäftstermin, bezahlt wird mit nur einem Ticket – das Szenario scheidet auch im 21. Jahrhundert noch an den verschiedenen Welten der Anbieter. Diese Analyse zeigt, was zur »smarten« Mobilitätskarte fehlt und welche Grenzen überwunden werden müssten.

C. Scherf
Volle Fahrt à la carte
 Mobilitätskarten als Vermittlungsversuche zwischen sozialen Welten
 632 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-96238-038-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Rechtsakt der EU-Kommission skeptisch sehen. Dennoch wünschen sich die Beamten Unterstützung aus Brüssel, Berlin und den Bundesländern. Nicht unbedingt würden Rechtsänderungen die Situation verbessern. Als hilfreicher eingeschätzt würden neben einer ausreichenden Ausstattung vor allem mehr Austausch und Kooperation der Behörden sowie bessere Informationen für Vollzugsbehörden, Anlagenbetreiber und Öffentlichkeit.

Hintergrund ist der teilweise äußerst problematische Vollzug von EU-Umweltrecht in den EU-Mitgliedstaaten. Die Studie beleuchtete die Themen Immissionschutz, Abfallverbringung, Wasserrecht und Naturschutz. Vollzugsfachleute bewerteten in einer standardisierten Befragung die aktuelle Situation und potenzielle Lösungsansätze. [aw]

► www.kurzlink.de/umweltrecht-0318

VERKEHR & TOURISMUS

Schwere Nutzfahrzeuge

Abgase und Sprit im Fokus

■ In der EU soll ab 2019 zum ersten Mal systematisch gemessen und dokumentiert werden, wie viel CO₂ schwere Nutzfahrzeuge wie Busse und Lastwagen in die Luft pusteln und wie viel Kraftstoff sie verbrauchen. Darauf einigten sich EU-Parlament und Ministerrat im Trilog vor der Osterpause.

Die neuen Regeln zur Überwachung von CO₂-Emissionen und Verbrauch sind Teil der EU-Strategie für emissionsarme Mobilität. Die EU will die klimaschädlichen Emissionen im Verkehr bis 2030 um 20 Prozent unter den Wert von 2008 reduzieren. Die Abgaswerte und Spritmenge neuer Fahrzeuge sollen nach einheitlichen Maßstäben erfasst und in einem EU-Register zugänglich gemacht werden. Diese Daten dienen dann als Grundlage für neue CO₂-Vorschriften für Lkws und Busse, die die EU-Kommission am 2. Mai vorlegen will. Für neue Pkws und Minivans gelten solche Vorgaben bereits.

Von 1990 bis 2015 hat der Klimagasausstoß im Straßenverkehr nach offiziellen Angaben um 19 Prozent zugenommen. Für knapp ein Fünftel dieser Emissionen sind wiederum Lastwagen und Busse verantwortlich.

Das vorläufige Abkommen muss noch von den EU-Ländern und dem Europaparlament förmlich gebilligt werden und tritt 20 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. [mbu]

- Ministerrat: www.kurzlink.de/rat-lkws-270318
- Mehr Informationen zu schweren Nutzfahrzeugen: www.ec.europa.eu/clima/policies/transport/vehicles/heavy_de

Stickstoffdioxid

Dreckige Luft allerorts

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im März alarmierende Messergebnisse zur Luftqualität in 426 Städten in Deutschland veröffentlicht. Bei 89 Prozent aller 559 DUH-Messstationen übersteige die Konzentration des gesundheitsschädlichen Gases Stickstoffdioxid (NO₂) die erlaubten Grenzwerte.

Die Messaktion der DUH „Decke auf, wo Atmen krank macht“ fand vom 1. Februar bis 1. März 2018 statt. Die eigenen Resultate ergänzte die DUH mit bereits öffentlich über das Umweltbundesamt zugänglichen amtlichen Messungen sowie mit Untersuchungen des ökologischen Verkehrsclubs Deutschland (VCD), der Rundfunkanstalten RBB und SWR sowie des Vereins Green City aus München. In einer interaktiven Karte sind sämtliche Informationen zusammengetragen. 1.111 Messstellen in 426 Städten und Gemeinden zeigen gesundheitlich bedenkliche NO₂-Belastungen der Atemluft mit Werten von über 20 µg/m³ (Mikrogramm pro Kubikmeter). An 350 Messstellen in 121 Städten und Gemeinden zeigen die Ergebnisse sogar Überschreitungen des NO₂-Luftqualitätswerts von 40 µg/m³.

Die DUH plant bereits eine zweite Messaktion für ungefähr 500 Orte in Deutschland im Juni 2018. Wie schon bei der ersten Mitmachaktion können Bürger

Straßenabschnitte in ihrer Gemeinde mit einer besonders hohen Luftverschmutzung online melden. [aw]

- Mitteilung der DUH: www.kurzlink.de/duh-no2-220318
- Onlinemeldung: www.duh.de/abgasalarm

Effizienzkennezeichnung

Wenig verständlich

■ Die aktuell gültige Effizienzkennezeichnung neuer Pkws wird von über zwei Dritteln der VerbraucherInnen in Deutschland nicht verstanden. Das geht aus einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert deshalb, das Label verständlicher zu machen und die Verbraucher- und Klimaschutzaspekte in den Vordergrund zu rücken.

Es sei für VerbraucherInnen beispielsweise nicht nachvollziehbar, dass ein Geländewagen einzig aufgrund seines Gewichtes – trotz höherem Kraftstoffverbrauch – eine bessere Effizienzklasse erhält als ein Mittelklassewagen, der in absoluten Zahlen weniger verbraucht. Der BUND empfiehlt eine sofortige Umstellung des derzeit am Fahrzeuggewicht orientierten relativen Labels auf ein absolutes Label, das sich – unabhängig von Gewicht oder Größe – nur am Energieverbrauch orientiert.

Hintergrund ist, dass dieses Jahr die Novellierung der deutschen Pkw-Energiekennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) ansteht. Diese wird notwendig, weil europäische Messverfahren zur Ermittlung der offiziellen Kraftstoffverbräuche umgestellt wurden. [aw]

- BUND: www.kurzlink.de/pkw-enkv-280318

Fehmarnbeltquerung

Unter Beschuss

■ Mit einer Serie investigativer Artikel auf Basis geleakter Dokumente hat die dänische Zeitung Jyllands-Posten im März die

Vertrauenswürdigkeit der dänischen staatlichen Baugesellschaft Femern A/S und des gesamten Projektes zum grenzüberschreitenden Fehmarnbelttunnel erschüttert.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass es den Projektverantwortlichen an Transparenz gegenüber Politik und Öffentlichkeit mangelt. Experten mit kritischer Einstellung wurden wohl entlassen. Auch herrschte Unkenntnis über das deutsche Planfeststellungsverfahren. Insgesamt beruhe die Fehmarnbeltquerung auf Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen.

Nach Ansicht des Naturschutzbunds (NABU) scheinen sich nun zahlreiche ökonomische und planerische Vorbehalte gegen Europas größtes und teuerstes Verkehrsinfrastrukturvorhaben zu bestätigen. „Gegen das Risikoprojekt werden wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. [aw]

► www.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice&show=23022

WASSER & MEERE

Weltwassertag

Menschenrecht nicht verwässern

■ Der von den Vereinten Nationen ausgerichtete Internationale Wassertag stand in diesem Jahr unter dem Motto „Natur für Wasser“ und plädiert für naturbasierte Lösungen im Wassermanagement.

Die im Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) organisierten Verbände sahen sich veranlasst, die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung aufzufordern, das Recht der Menschen auf Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung endlich weltweit zu verwirklichen. Zwar habe die EU auch auf Druck der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative Right2Water den Wasserbereich aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen. Aber „vor

dem Hintergrund, dass 2019 eine Überprüfung der Ausnahme durch die Europäische Kommission ansteht, fordern wir, dass die EU den politischen Auftrag ihrer Bevölkerung ernst nimmt und ihre Privatisierungspolitik bei der Wasserversorgung endgültig beendet“, sagte Rainer Heinrich vom Berliner Wassertisch.info.

Die Vereinten Nationen haben in New York auch die internationale Aktionsdekade „Wasser für Nachhaltige Entwicklung 2018–2028“ ausgerufen. [jg]

- Forum Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de/pm-menschenrecht-auf-wasser-weltweit-verwirklichen
- Twitter: #Weltwassertag

Marines Geo-Engineering

Verbot verlangt

■ Das Forum Umwelt und Entwicklung, der BUND und der NABU haben sich gegen jegliche Form des Geo-Engineerings in Ozeanen und Meeren ausgesprochen. In einer gemeinsamen Stellungnahme vom März fordern die Organisationen die Bundesregierung auf, keine Forschungsvorhaben zu fördern, die mittels Technologie in das System Erde eingreifen. Auch in internationalen Prozessen, insbesondere der Klimarahmenkonvention, solle sich Deutschland aktiv gegen die Legitimation und den Ausbau von Geo-Engineering einsetzen.

Anlass für die Stellungnahme ist eine Ratifizierung und Umsetzung von Änderungen des Londoner Protokolls. Darin ist zwar ein Verbot für kommerzielles Geo-Engineering im Bereich der Meeresdüngung vorgesehen. Allerdings beinhaltet die Änderung auch einen Erlaubnisvorbehalt für die Meeresdüngung zu Forschungszwecken. Die Verbände befürchten, dass dadurch langfristig die kommerzielle Durchführung von Geo-Engineering doch legalisiert werden könnte.

Das Meer könne nicht die Probleme lösen, welche die Menschheit mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeuge, mahnen die Unterzeichner der Stellung-

Nachhaltigkeit

A-Z



D wie Denkanstöße

Nahezu alle Bereiche unseres Lebens sind von Wachstums- und Beschleunigungsdanken geprägt. Angesichts zahlreicher sozialer und ökologischer Krisen sind Alternativen dringend nötig. Ein möglicher Ausweg wird hier vorgestellt: Eine solidarischen Lebensweise, die ohne ökonomische Wachstumszwänge auskommt.

M. Reinicke, M. Becker (Hrsg.)
Anders wachsen!
 Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und Ansätzen einer Transformation
 300 Seiten, broschiert, 19,- Euro,
 ISBN 978-3-96238-031-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kommunikation

Wie kann eine gelingende Nachhaltigkeitskommunikation Alltagsbezüge herstellen und individuelle Handlungsoptionen anbieten? 19 Autorinnen und Autoren beleuchten Ansätze unterschiedlicher Disziplinen – von der Hirn- und Kognitionsforschung über die Psychologie, die Sozialwissenschaften und die Bildungs- und Kommunikationsforschung bis hin zu den Systemwissenschaften und vielen weiteren Disziplinen.

T. Pyhel (Hrsg.)
Zwischen Ohnmacht und Zuversicht?
 Vom Umgang mit Komplexität in der Nachhaltigkeitskommunikation
 212 Seiten, broschiert, 30,- Euro,
 ISBN 978-3-96238-042-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

nahme. Um ein gerechtes, gesundes und umweltfreundliches Leben auf dem Planeten über Generationen hinweg zu gewährleisten, brauche es nicht noch mehr, sondern weniger Eingriffe in die Öko- und Erdsysteme. [mbu]

- Gemeinsame Stellungnahme:
www.kurzlink.de/marine-geoeng-0318

EU-Gewässerbewertung

Einhellige Prüfung

■ Um Gewässer in Europa im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) einheitlich zu bewerten, hat die EU die Bewertungsverfahren ihrer Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen und einen Beschluss zur Festlegung der Werte für die Einstufungen im Rahmen des Überwachungssystems des jeweiligen Mitgliedstaats veröffentlicht. Das Ganze nennt sich Interkalibrierung. In Deutschland ist dafür das Umweltbundesamt (UBA) zuständig und hat entsprechende Änderungen auf einer Internetplattform zur Gewässerbewertung verarbeitet. [jg]

- EU-Kommissionsbeschluss:
www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018D0229&from=EN
- UBA: www.gewaesser-bewertung.de

EU-Meeresschutz

Zeit verrinnt

■ Mehrere Meeresschutzorganisationen haben im April drei Handlungsempfehlungen für EU-Länder veröffentlicht, damit die Ziele der EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie bis 2020 doch noch erreicht werden können. Die Zeit werde immer knapper: Die 2008 in Kraft getretene Richtlinie läuft in weniger als zwei Jahren aus. Viel sei nach Einschätzung mehrerer Meeresschutzorganisationen, darunter Seas at Risk, noch zu tun. Die meisten EU-Mitgliedstaaten hätten bei der Umsetzung der Richtlinie versagt.

Ein NGO-Bündnis, die European Seas Environmental Cooperation, verfasste Empfehlungen für drei vorrangige Handlungsfelder: 1) Überfischung beenden, 2) Verschmutzung stoppen, was die Einbringung von Müll und chemischen Substanzen genauso einschließt wie Unterwasserlärm, 3) den Artenverlust stoppen, indem in marinen und Küstenschutzgebieten sowie auf dem Meeresgrund die negativen Einflüsse menschlicher Aktivitäten auf ein Minimum begrenzt werden.

Außerdem protestierten die Nichtregierungsorganisationen Seas at Risk, WeMove und OurFish in Sofia während des informellen Treffens der EU-UmweltministerInnen, die sich unter anderem mit Maßnahmen für besseren Meeresschutz befassten. Die drei Organisationen machten auf das Ergebnis einer Petition aufmerksam: Über 172.000 Menschen fordern darin, dass sich die EU und ihre Mitgliedstaaten stärker für intakte Meeresökosysteme einsetzen. [aw]

- Handlungsempfehlungen:
www.kurzlink.de/3-steps-100418
- Seas at Risk zur Petition:
www.kurzlink.de/seas-petition-100418

Walfang in Europa

Unheilvolle Jagdsaison

■ Seit Anfang April werden im Nordatlantik wieder Wale gejagt. Die norwegische Regierung hat eine Fangquote von 1.278 Tieren erlaubt. Das ist die höchste Quote seit den 1990er-Jahren.

Damals hatte das Kabinett in Oslo den kommerziellen Walfang wiederaufgenommen, entgegen dem 1986 beschlossenen internationalen Walfangmoratorium. Trotz der hohen Quote sank die Zahl der getöteten Tiere in den vergangenen Jahren. So wurden etwa im vergangenen Jahr nach Angaben von OceanCare, Pro Wildlife und Whale and Dolphin Conservation (WDC) lediglich 432 Zwergwale erlegt – so wenige wie seit 20 Jahren nicht mehr. Der Grund: Walfleisch lässt sich nicht mehr absetzen, die Nachfrage sinkt. ►

„Alte Ideen in neuem Gewand“

Der Genossenschaftsgedanke ist in Zeiten des rasanten gesellschaftlichen Wandels im Aufwind. Warum Gemüseabos und Tauschbörsen für den Wandel zur Nachhaltigkeit ebenso beitragen wie das Pariser Klimaabkommen, erläutert Manuel Lehmann, der Mitgründer der Schweizer Organisation Thinkpact Zukunft und Autor einer oekom-Publikation zum Thema.

Ihr Buch trägt den Titel „Kollaborativ Wirtschaften“. Was versteht man darunter?

Manuel Lehmann: Die kollaborative Wirtschaft hat ihren Ursprung in der Allmende oder den Commons. Bis 1500 war dies die vorherrschende Wirtschaftsform. Genossenschaften, wie wir sie heute kennen, gibt es etwa seit dem Jahr 1800. Heute sind die Digitalisierung und Sharing in aller Munde. Aber auch das soziale Unternehmertum ist auf dem Vormarsch. Mit all diesen Entwicklungen einher geht häufig der Anspruch einer Relokalisierung der Produktion. Konkreter: Bau- und Wohngenossenschaften, Gemüseabos, Lebensmittelkooperativen, Tauschkreise, Lokalwährungen, Repair Cafés, Fablabs mit 3D-Druckern, Kleidertauschbörsen, Sharingplattformen, Initiativen, die Lebensmittel retten. Wir erleben aktuell einen Boom von solchen Initiativen und Projekten. Ich betone aber, dass es sich häufig um alte Ideen in neuem Gewand handelt, die sich das Internet zunutze machen.

Ist die kollaborative Wirtschaft relevant, wenn es darum geht, Konsumbedürfnisse zu erfüllen?

Bei den Bau- und Wohngenossenschaften in den Städten bestimmt. Ansonsten ist diese Frage nicht ganz einfach zu beantworten. In dem Bereich gibt es nur sehr wenig Forschung. Jeremy Rifkin, Soziologe, Ökonom und Berater diverser Regierungen und der EU, stellt fest, dass die kollaborative Wirtschaft schneller wächst als die herkömmliche. Dies entgeht den Wirtschaftswissenschaften aber weitgehend, da zwar Bedürfnisse abgedeckt werden, aber kein oder viel weniger Geld fließt. Andere Experten sehen das Potenzial für kollaborative Ansätze bei einem Drittel des Marktes und ein weiteres Drittel für Ansätze mit einem starken Bezug zum Lokalen.

Sie beschäftigen sich damit, wie ein nachhaltiger Lebensstil gelingen kann. Warum spielt die Wirtschaft dabei so eine wichtige Rolle?

Konsumgüter und ein großer Anteil aller Dienstleistungen werden von der Wirtschaft bereitgestellt. Wenn wir Nachhaltigkeitsziele verfolgen, sind die Wirtschaft und Produktionsbedingungen sehr relevant. Es ist nicht so, dass die Politik der Wirtschaft in Bezug auf Nachhaltigkeit viel Vorschriften macht, damit der ökologische Fuß-

abdruck vertretbar ist. Vielfach ist es sogar umgekehrt. Die Wirtschaft stellt Ansprüche und die Spielräume der Politik werden zusehends enger. Ansätze eines kollaborativen Wirtschaftens zeigen neue Wege auf.

Reichen das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals/Nachhaltige Entwicklungsziele) nicht aus, um den notwendigen Wandel zu initiieren?

Seit den 1990er-Jahren werden in der internationalen Politik Ziele formuliert und Verträge unterzeichnet für eine nachhaltige Entwicklung und den Klimaschutz. Eine Trendwende bei den Emissionen ist aber bis heute nicht feststellbar. Die Belastungen für die Umwelt steigen sogar weiter an. Die Agenda 2030, 2016 in Kraft getreten, ist zwar fast allumfassend in ihren Zielsetzungen. Umgesetzt werden kann sie aber nur, wenn auch die Finanzierung sichergestellt ist. Wie dies gelingen soll, ist aber noch ungeklärt.

Sollte die Wirtschaft nicht selbst ein großes Interesse an einer gesunden Umwelt haben, schließlich sind die meisten Branchen auf Produkte aus der Natur angewiesen?

Die Wirtschaft mit ihrer Logik der kurzfristigen Gewinne tut sich sehr schwer, in größeren Kontexten zu denken. Wobei sich mit der Agenda 2030 und dem Abkommen von Paris schon Dinge zum Besseren entwickeln. Aber die Bemühungen reichen nicht aus. In meinem Buch zitiere ich Experten, die von einem Peak Everything reden. Das heißt, der große Teil aller Rohstoffe wird in den nächsten Jahrzehnten knapp, beziehungsweise erreicht seinen Peak, auf Deutsch: Spitze. Diese Rohstoffe landen dann in der Umwelt, statt dass sie wiederverwertet werden. Durch eine Kreislaufwirtschaft könnte dies verhindert werden.

Was passiert Ihrer Meinung nach, wenn die Wirtschaft es nicht schafft, zukunftsfähig zu werden?

Eine Anforderung an unsere Wirtschaft ist es, nachhaltig zu werden. Laut Jeremy Rifkin erleben wir aber, wie zusehends alles billiger wird. Im Kapitalismus ist es eines der Hauptziele, möglichst günstig zu produzieren. So lässt sich aber immer weniger Geld verdienen. Treiber sind die Digitalisierung und das

Internet der Dinge (jedes Gerät ist an das Internet angeschlossen). So schafft sich der Kapitalismus laut Rifkin selber ab. Wenn der Kapitalismus sich nicht aufrechterhalten lässt, sehen verschiedene Autoren einen Peak Democracy als Risiko. Die Tendenz geht Richtung autokratische Regierungen, was sich in den letzten Jahren leider bereits beobachten lässt. So ist es meiner Meinung nach obsolet, den Kapitalismus zu bekämpfen. Dieser erledigt sich von alleine. Wir müssen eine umweltverträgliche und soziale Alternative entwickeln. Darum setze ich mich für die kollaborative Wirtschaft ein. Wie ein Übergang gelingen kann – dazu wissen wir noch zu wenig. Hierzu braucht es die Förderung von Projekten, die kollaborative Wirtschaft unterstützen. Sowie entsprechende Forschung.

Muss die Politik mehr tun? Und wenn ja, was?

Die Politik kann entsprechende Initiativen zur Unterstützung kollaborativer Wirtschaft fördern und mit ihnen das Gespräch suchen. Dies kann über die entsprechenden Ämter geschehen. In Zürich besteht eine Offenheit und ein Interesse diesbezüglich, aber wir stehen in der Schweiz in dieser Entwicklung noch ganz am Anfang. In meinem Buch skizziere ich die Vision von 400 bis 800 Community Buildern für die Förderung der kollaborativen Wirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung. Dies könnte auch unter Wirtschaftsförderung laufen.

[Interview: Julian Büchler]

Das Interview ist ein Auszug aus einem Gespräch der Linken Zürcher Zeitung mit dem Autor des Buches „Kollaborativ Wirtschaften. Mit der Methode des Community Organizing zu einer zukunftsfähigen Ökonomie“. Die Langfassung: www.pszeitung.ch/alte-ideen-in-neuem-gewand/#top

Der Sozialwissenschaftler Manuel Lehmann ist Mitgründer des Thinkpact Zukunft und Transition Zürich.

Kontakt:
E-Mail: mail@thinkpact-zukunft.ch,
www.thinkpact-zukunft.ch



Auch in Island klaffen den Naturschutzorganisationen zufolge Quote und tatsächlicher Fang auseinander: Dieses Jahr dürfen Fischer bis zu 209 Zergwale töten, tatsächlich erlegt wurden in den vergangenen beiden Jahren nur 46 beziehungsweise 17 Tiere.

Deshalb fordern die Verbände von der EU, den kommerziellen Walfang in europäischen Gewässern nicht länger zu tolerieren. Man erwarte konkrete politische und diplomatische Schritte gegenüber Island und Norwegen, sagt Astrid Fuchs von WDC.

Aufgrund des Berichts „Frozen in Time“ von OceanCare, Pro Wildlife und dem Animal Welfare Institute, der zeigte, wie Norwegen das Walfangverbot der Internationalen Walfangkommission (IWC) unterwandert, wurde vergangenes Jahr das EU-Parlament aktiv. In einer Resolution forderte es Norwegen im September 2017 auf, den Walfang endlich einzustellen. Nun hoffen die WalschützerInnen, dass die EU auf der nächsten IWC-Tagung den Worten auch Taten folgen lässt. Diese findet vom 10. bis 14. September in Brasilien statt. [mbu]

- ▶ www.oceancare.org
- ▶ www.whales.org
- ▶ Frozen in Time:
www.prowildlife.de/wp-content/uploads/2016/04/Norway_Frozen_in_time_2016_web.pdf

Natur des Jahres 2018

Flusslandschaft und Seen

■ Die Lippe ist „Flusslandschaft des Jahres 2018/2019“. Diese Auswahl haben der gemeinsame Beirat für Gewässerökologie des Deutschen Angelfischerverbandes (DAFV) und der NaturFreunde Deutschlands (NFD) im März getroffen. Ziel ist es, die Bevölkerung für die ökologische, ökonomische und soziokulturelle Bedeutung von Flüssen zu sensibilisieren. Drei zentrale ökologische Dimensionen werden miteinander verbunden: Wasser, Boden und Biodiversität. Die Lippe ist ein 220 Kilometer langer rechter Nebenfluss des Rheins in Nordrhein-Westfalen und hat ein Einzugsgebiet von 4.890 Quadratkilometern.

Die internationale Umweltstiftung Global Nature Fund und das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland haben ebenfalls im März die oberschwäbischen Seen und Weiher zu den „Lebendigen Seen des Jahres 2018“ ernannt. Die Landschaft der Region Oberschwaben wird von fast 2.300 Gewässern geprägt. Neben eiszeitlichen natürlichen Seen zählen hierzu auch die im Mittelalter angelegten Weiher sowie Torf- und Kiesabbauseen. Die Seen leisten wichtige Beiträge für den Tourismus, Hochwasser- und Klimaschutz und für die Energiegewinnung. [jg]

- ▶ www.naturfreunde.de/proklamation-flusslandschaft-lippe
- ▶ www.globalnature.org/LebendigerSee2018

Fließgewässerqualität

Zu oft zu schmutzig

■ Fast alle Fließgewässer in Deutschland sind nach Einschätzung der Bundesregierung in keinem guten ökologischen Zustand. In gut 93 Prozent der bewerteten Flussabschnitte gebe es zu wenig Artenvielfalt. In den knapp 9.000 Flüssen lebten zuletzt lediglich knapp sieben Prozent der üblichen natürlichen, typischen Lebensgemeinschaften an Fischen, Kleintieren oder Pflanzen. Das ergab eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen, die im April veröffentlicht wurde.

Gewässer und Auen gelten weiterhin als bedrohte Lebensräume, obwohl die Wasserqualität deutlich verbessert werden konnte und etwa Biber und Lachse zurückgekehrt sind. Der Antwort zufolge können von allen deutschen Flüssen nur 0,1 Prozent ökologisch als „sehr gut“ bewertet werden. Fast ein Fünftel war in einem schlechten Zustand, mehr als ein Drittel in einem unbefriedigenden Zustand und ein weiteres gutes Drittel in einem mäßigen Zustand. Aus der Antwort geht zudem hervor, dass sich von den 75 Küstengewässern keines in einem sehr guten oder guten ökologischen Zustand befindet.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nannte die Ant-

wort der Bundesregierung zum Zustand der Flüsse „ein deutliches Alarmsignal“. Deutschland gehöre im europäischen Vergleich zu den Schlusslichtern im Gewässerschutz, laut EU-Kommission auf Platz 21 von 26. Es müsse endlich ein Sofortmaßnahmenprogramm zum Schutz der Gewässer aufgelegt werden.

Auch die Naturschutzorganisation WWF warf Deutschland vor, „seit vielen Jahren“ Aderlass mit seinen Fließgewässern zu betreiben. Es brauche deshalb mehr Geld, mehr Personal und politischen Willen, um Verstöße gegen die bestehende europäische Wasserrahmenrichtlinie etwa durch Industrie und Landwirtschaft zu ahnden.

Beim Bundesumweltministerium liefen derzeit die fachlichen Vorbereitungen, um ein Förderprogramm für Auen zu etablieren. Es sollten dabei Verbundprojekte im Gewässer, am Ufer und an der Aue umgesetzt werden. Die Förderrichtlinie solle im Herbst verabschiedet werden. In einer ersten Abschätzung sei von einem jährlichen Investitionsbedarf von etwa 50 Millionen Euro über einen Zeitraum von 30 Jahren ausgegangen worden, also insgesamt etwa 1,5 Milliarden Euro. [mbu]

- ▶ Antwort der Bundesregierung:
<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/014/1901415.pdf>
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-pest-in-wasser
- ▶ WWF: www.wwf.de/2018/maerz/der-grosse-aderlass

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Freihandelsabkommen

Mercosur stoppen

■ Ende März haben die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Campact, Meine Landwirtschaft und das Forum Umwelt und Entwicklung 218.000 Unterschriften gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten an das Bundeswirtschaftsministerium übergeben.

Die EU verhandelt seit nunmehr 19 Jahren ein Freihandelsabkommen mit der Staatengemeinschaft, zu der Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay gehören. Die Verhandlungen stehen jedoch kurz vor dem Abschluss.

Gerade Importe von Fleisch und Zucker würden durch das Abkommen stark gesteigert werden – eine Situation, die vor allem kleinbäuerliche Strukturen innerhalb Europas gefährden würde. Zudem besteht, ähnlich wie bei anderen großen Freihandelsabkommen, die Gefahr einer Verwässerung von Standards im Umwelt- und Sozialbereich – und das sowohl in der EU als auch in Südamerika. Innerhalb von nur zwei Wochen sprachen sich 218.000 Bürgerinnen und Bürger gegen dieses Abkommen aus. [lr]

► www.kurzlink.de/fue-mercotur

Multilateraler Investitionsgerichtshof

EU-Kommission darf verhandeln

■ Der Rat der EU hat Ende März der EU-Kommission das Mandat für Verhandlungen über die Errichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs erteilt.

Ein multilateraler Investitionsgerichtshof (Multilateral Investment Court, MIC) würde als ständiges Gremium über Streitigkeiten im Rahmen künftiger oder bestehender Investitionsverträge entscheiden. Im Falle der EU würde der MIC bilaterale Investitionsgerichtssysteme ablösen. Die Verhandlungen auf internationaler Ebene sollen unter Federführung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (United Nations Commission on International Trade Law, UNCITRAL) stattfinden.

Die Schaffung eines MIC ist lange schon Gegenstand politischer Verhandlungen – und Grund für harsche Kritik von zivilgesellschaftlicher Seite. Zum Beispiel argumentieren der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie Campact, dass ein MIC nichts am grundlegenden Problem der Bevorteilung von Investoren gegenüber Staaten ändern werde. Investoren hätten weiterhin zahlreiche Rechte, aber keinerlei Pflichten, etwa den Schutz von Menschenrechten, der Umwelt und der menschlichen Gesundheit.

Wann Verhandlungen zum MIC aufgenommen werden, steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht fest. [aw]

► www.kurzlink.de/mic-mandat-rat

► www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12981-2017-ADD-1-DCL-1/de/pdf

► www.kurzlink.de/bund-mic-hintergrund

► www.blog.campact.de/wp-content/uploads/2017/01/InfoMIC.pdf

Freihandel

So könnte es aussehen

■ Eine globale Handelsagenda, die den Bürgerinnen und Bürgern und der Umwelt dient – und nicht umgekehrt, das fordert die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE). In dem im April veröffentlichten Bericht „Setting Course for sustainable trade – a new agenda that serves people and the environment“ bietet FoEE eine Analyse des Globalisierungsprozesses und der internationalen Handelsabkommen und bietet Vorschläge für ein alternatives Handelsregime, das nicht die Interessen von Konzernen, sondern die der Menschen und der Umwelt in den Vordergrund stellt.

So schlagen sie unter anderem vor, den Handel mit nachhaltigen Gütern zu stärken, Verhandlungen von Freihandelsabkommen unter demokratische Kontrolle zu stellen und Transparenz zu garantieren sowie nachhaltige Landwirtschaft und regionale Märkte zu stärken. [lr]

► www.kurzlink.de/foee-trade-alternate

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stadtkultur

Noch sind es Pioniere, die Bürger, die sich für eine Transformation, für Urban Gardening, Kreislaufwirtschaft und Umweltbildung in ihrer Stadtkultur einsetzen. Doch die Porträts von München, Barcelona und Kopenhagen zeigen, dass der Prozess schon in vollem Gange ist – und Nachhaltigkeit für manche bereits zum Alltag gehört. Ein innereuropäischer Vergleich nachhaltiger Stadt- und Gesellschaftsmodelle.

A. Firmhofer
Pioniere des Wandels und städtische Kulturen der Nachhaltigkeit
 Beispiele für zivilgesellschaftliche Transformation in München, Barcelona und Kopenhagen
 362 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-96238-036-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

DNR INTERN

In eigener Sache

Relaunchprozess gestartet

■ Nach mehr als zehn Jahren ist es für die umwelt aktuell an der Zeit, einen Relaunch aufzusetzen. Wir stellen Inhalte und Struktur auf den Prüfstand: Was ist noch zeitgemäß? Wie können wir noch besser werden? An welchen Stellen soll etwas geändert werden? Und hier sind auch Sie als Leserinnen und Leser gefragt. Was fehlt Ihnen? Worüber möchten Sie gern mehr erfahren und was kann aus Ihrer Sicht reduziert werden?

Damit die Zeitschrift nach der Überarbeitung die Bedürfnisse der Leserschaft besser erfüllt als vorher, bitten wir Sie, uns Ihre Anregungen mitzuteilen. Sie helfen uns damit, die Weiterentwicklung in die richtige Richtung zu steuern und ein Format zu entwickeln, das Sie zukünftig noch lieber in die Hand nehmen. Bitte geben Sie uns bis zum 31. Mai eine Rückmeldung!

Bereits jetzt gibt es eine kleine Neuerung: Über die Veranstaltungshinweise, die bislang auf den Verbändeteil folgten, können Sie sich nunmehr digital informieren: Lesen Sie die Termine online.

Damit bleiben Sie kontinuierlich auf dem Laufenden und sind immer auf dem neuesten Stand! **[Die Red.]**

- ▶ Vorschläge für den Relaunch bitte per E-Mail an: redaktion@dnr.de
- ▶ Termine online auf der Website des DNR: www.dnr.de/termine

AUS DEN VERBÄNDEN

Alpenschutz

Keine Skischaukel am Riedberger Horn

■ Der Streit um den geplanten Bau einer Seilbahn zwischen den Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein hat vorerst ein Ende. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat Anfang April das vorläufige Aus für die Erschließungspläne im Allgäu bekannt gegeben. Söder zufolge waren unter anderem die kritische, bayernweite Aufmerksamkeit sowie befürchtete Imageverluste für die Region mitausschlaggebend für die Entscheidung.

Die Pläne für eine sogenannte Skischaukel am Riedberger Horn stehen bei

Umweltverbänden seit Langem in der Kritik. Sie wandten ein, dass Verkehrerschließungen in der striktesten Schutzkategorie des Alpenplans, der Zone C, gegen die Alpenkonvention und EU-Recht verstießen.

So hatten sich von Beginn an der Deutsche Alpenverein (DAV), der Bund Naturschutz in Bayern (BN) und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) gegen die Änderung des Alpenplanes und die Erschließung am Riedberger Horn ausgesprochen. Unterstützt wurden sie von CIPRA Deutschland, dem Dachverband für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum, dem neben anderen auch die NaturFreunde Deutschlands, der Ökologische Jagdverband und Mountain Wilderness angehören.

Die Naturschutzverbände werden Ministerpräsident Söder beim Wort nehmen und darauf drängen, dass auch künftig „Ruhe und Frieden am Riedberger Horn“ herrschen und keine Eventisierung stattfindet. Nach Söders Ankündigung erklärten der BN und der LBV, die von ihnen eingereichte Normenkontrollklage wegen der Alpenplanänderung so lange aufrechtzuerhalten, bis konkrete Vorschläge zur Sicherung des Riedberger Horns auf dem Tisch lägen.

„Wir treten gemeinsam ein für einen starken Alpenplan“, betonte Rudi Erlacher,

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Jetzt günstiges Probeabo sichern:

Nur 9,- Euro
(inkl. Versand) unter:
abo@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:

www.nationalparkzeitschrift.de



HERAUSGEBER: Verein der Nationalpark-Freunde e.V.

www.facebook.de/nationalparkzeitschrift



DAV-Vizepräsident. „Nur durch ihn sind unsere Bayerischen Alpen so unberührt und ursprünglich geblieben, wie wir sie kennen und lieben.“ [mbu]

- ▶ Gemeinsame Erklärung von BN und LBV (PDF): www.kurzlink.de/klage_alpenplan04.18
- ▶ DAV zu Riedberger Horn: www.kurzlink.de/dav_riedbergerh04.18

Tag des Wanderns

Im Zeichen von Bienen und Insekten

■ Am 14. Mai findet der Tag des Wanderns statt. Mehr als 200 Veranstaltungen mit tollen Ideen sind dafür eingegangen. Die Chance, mal was anderes auszuprobieren oder sich mit einem Partner (Gastwirt, Einzelhandel oder anderen Betrieben, sozialen Einrichtungen, Schulen, Kitas, Jugendgruppen anderer Organisationen) zusammenzuschließen, wird angenommen.

Für den Schutz von Insekten hat der Tag des Wanderns dieses Jahr eine besondere Bedeutung: Damit die Vielfalt der Natur erhalten bleibt, verteilt der Deutsche Wanderverband den TeilnehmerInnen, die eine Aktion angemeldet haben, eine Samenkugel „Staatsbankett für Bienen und Insekten“. Diese sollen die Wanderer nach dem Tag des Wanderns aussäen, um Deutschland wieder zum Summen zu bringen. Zudem erhalten alle TeilnehmerInnen ein informatives Voucherheft sowie eine Anstecknadel. [mbu]

- ▶ Übersichtskarte: www.tag-des-wanderns.de

Praktizierter Tierschutz

Tierschutzfestival 2018

■ Nach dem gelungenen Auftakt mit über 10.000 Besuchern in den vergangenen beiden Jahren feiert der Deutsche Tierschutzbund zusammen mit dem Tierschutzverein Berlin am 26. Mai zum dritten Mal das Ber-

liner Tierschutz-Festival in der Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg. Dort erwarten die Gäste am Samstag von 13 bis 19 Uhr zahlreiche Darbietungen, vegane und vegetarische Essensstände sowie Gespräche und Infos rund um das Thema Tierschutz. Für die Kinder hat die Tierschutzjugend ein ansprechendes Programm im Angebot. Für Haustiere ist das Festival jedoch nicht gut geeignet. Daher empfiehlt es sich, diese nicht mitzubringen und sie so von Lärm und Menschenmengen fernzuhalten. [mbu]

- ▶ www.tierschutzbund.de/aktion/mitmachen/tierschutz-festival

LBV-Bilddatenbank

Naturaufnahmen online

■ Der Landesbund für Vogelschutz (LBV) ermöglicht mit einer neuen Bilddatenbank, online auf die Fotos seiner Naturfotografen zuzugreifen. Die Datenbank umfasst eine große Auswahl an faszinierenden Aufnahmen zu vielen unterschiedlichen Themen aus dem Bereich der Natur- und der Tierwelt. Dazu gehören etwa Säugtiere, Vögel, Reptilien, Amphibien, Fische, Wirbellose, Pflanzen, Flechten und Pilze, Lebensräume. Weitere Motive beinhalten Stimmungen und Jahreszeiten, die Umwelt oder Menschen.

Wer Fotos aus dem Bildarchiv verwenden möchte, muss die Nutzungshinweise auf der Website der Bilddatenbank beachten. [mbu]

- ▶ www.naturfotos.lbv.de

gerschaftlichem Engagement als zentralem Faktor für eine lebendige und demokratische Gesellschaft. Unter dem Motto „Engagement. Vielfalt. Demokratie“ wollten das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und das Bundesfamilienministerium als federführendes Ressort für Engagementpolitik gemeinsam die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Einsatz hervorheben. Die Fachveranstaltung bot eine Plattform für Diskussionen, Wissenstransfer und für die Vernetzung der vielfältigen Akteurinnen und Akteure aus dem Engagementbereich. Eine Dokumentation mit Fotos und Grafiken steht nun zur Verfügung. [mbu]

- ▶ <https://bmfjsfj-veranstaltungen.bafza.de/deutscher-engagementtag-2017/fotos>

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

RNE-Ideenwettbewerb

DNR-Mitglied unter den Ausgewählten

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat beim Ideenwettbewerb „Esskultur und Nachhaltigkeit“ 14 Projekte ausgewählt, die jeweils für bis zu 12 Monate mit maximal 50.000 Euro gefördert werden sollen. Betroffen sind Projekte unter anderem aus dem Bereich Bildung, Kreislaufwirtschaft und Wertschöpfungsketten sowie Stadtteilinitiativen und Theater. Die Projekte können voraussichtlich noch in der ersten Hälfte dieses Jahres beginnen. Das beantragte Gesamtfördervolumen des Wettbewerbs liegt bei etwa 600.000 Euro.

„Die Vielfalt der Ansätze und der Ideenreichtum zeigen, wie engagiert sich Menschen mit unserer aller Zukunft auseinandersetzen und eine nachhaltige Kultur aktiv unterstützen. Nicht zuletzt ist zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele eine neue Kultur in Produktion und Konsum dringend nötig!“, sagte die Vorsitzende des RNE und Jury-Mitglied

EHRENAMT

Deutscher EngagementTag

Visuelle Dokumentation

■ Im Mittelpunkt des zweiten Deutschen EngagementTags vergangenen Dezember in Berlin stand der Stellenwert von bür-

Marlehn Thieme. Neben ihr gehören der Jury noch Lucia Reisch, Olaf Tschimpke sowie der RNE-Generalsekretär Günther Bachmann an.

Unter den 14 ausgewählten Projekten befindet sich eines des DNR-Mitgliedverbands Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Der Landesverband Hamburg macht mit bei den Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN). RENN vernetzt Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen, damit eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen gelebte Praxis wird. Der SDW Hamburg plant ein Bildungsprojekt in Form einer Ausstellung, ergänzt durch interaktive Infoveranstaltungen und künstlerische Darbietungen zum Thema „Nachhaltiger Konsum“ im Rahmen der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN) im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg. Hier interagieren Menschen, deren Leben sonst in Parallelwelten stattfindet und die sich über das Projekt gemeinsam mit Themen einer nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen können.

Den Fonds Nachhaltigkeitskultur gibt es seit 2017. Auf Initiative des Bundestages stellte das Bundeskanzleramt über einen Zeitraum von drei Jahren 7,5 Millionen Euro zur Verfügung. Der RNE will in diesen drei Jahren mehrere Ideenwettbewerbe zu verschiedenen Bereichen der Alltagskultur ausrufen. Der Fonds soll bewährte Ansätze stärken und auch neue Wege gehen, um eine gesellschaftliche Transformation zu mehr Nachhaltigkeit anzustoßen. [mbu]

► www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/fonds-nachhaltigkeitskultur/

„Zeit Wissen“-Preis

Yeşil Çember für couragierte Nachhaltigkeit ausgezeichnet

■ Die Umweltorganisation Yeşil Çember – ökologisch interkulturell hat Ende März den Preis „Mut zur Nachhaltigkeit“ in der Kategorie Wissen erhalten. Verliehen wird der Preis, der mit 10.000 Euro

dotiert ist, von der Zeitschrift Zeit Wissen. Yeşil Çember (türkisch für Grüner Kreis) motiviert türkischsprachige Menschen in Deutschland für Umweltthemen und ist mit ihrem kulturspezifischen Angebot Pionierin für die Wissensvermittlung zum Umweltschutz in dieser Bevölkerungsgruppe.

Der bundesweit erste türkischsprachige Umweltverband entwickelt niedrigrschwellige und kulturspezifische Bildungsmaterialien, schult UmweltbotschafterInnen und organisiert bundesweit interkulturelle Veranstaltungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Yeşil Çember ist Mitglied beim Verein Berlin 21 und der Klima-Allianz Deutschland.

Neben Yeşil Çember erhielten die Biobrauerei Neumarkter Lammsbräu in der Kategorie Handeln sowie das Start-up Too Good To Go in der Kategorie Durchstarten einen Preis. Der Sonderpreis der Aurubis AG geht an das Lebensmittelgeschäft unverpackt Kiel – lose, nachhaltig, gut. [mbu]

► Weitere Informationen zum Nachhaltigkeitspreis: www.zeit.de/nhp.

Fotowettbewerb

„Augenblick Natur!“ 2018

■ Der Verband Deutscher Naturparke (VDN) lädt Amateur- und Profifotografen zur Teilnahme an der nächsten Runde des Fotowettbewerbs „Augenblick Natur!“ ein. Gesucht werden ausdrucksstarke Motive aus allen Naturparks Deutschlands – aufgenommen aus der ganz persönlichen Perspektive der Besucher. Jeden Monat gibt es ein anderes Thema. Im Mai ist es: Apotheke Natur. Zielsetzung des Fotowettbewerbs ist es, die einzigartige Vielfalt und Schönheit der heimischen Naturlandschaften mit den Augen der Menschen zu zeigen, denen diese Landschaften am Herzen liegen. Der Wettbewerb läuft noch bis zum 31. Oktober. [mbu]

► Weitere Infos: www.naturparkfotos.de/contests/47/rating

Impressum

umwelt aktuell Mai 2018
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (gesamtvantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Finn Gröschel [fg], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbands [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.de

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR; S. 3 © Jan Steffen, GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, S. 7 © Sarah Eick, Amnesty International. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Jugendsozialarbeit

Eine Chance für junge Menschen

Dass Bildung für nachhaltige Entwicklung und Jugendsozialarbeit sehr gut zusammenpassen, beweisen rund 80 Projekte, die im Rahmen des bayerischen Förderprogrammes „Bildung für nachhaltige Entwicklung trifft Jugendsozialarbeit“ umgesetzt wurden. Wie können Akteure aus beiden Arbeitsfeldern miteinander kooperieren und dabei voneinander profitieren? Welchen Nutzen haben dabei die teilnehmenden jungen Menschen in herausfordernden Lebenssituationen?

□ Junge Menschen gärtnern gemeinschaftlich und erschaffen aus natürlichen oder recycelten Materialien etwas Neues. Sie erforschen Lebensräume von Tieren und Pflanzen, reparieren kaputte Dinge, nutzen sie anders oder werden als Klimaschutz- und Energie-ExpertInnen aktiv. Das Besondere an den Projekten ist, dass Akteure der Jugendsozialarbeit und der Umweltbildung/BNE eng zusammenarbeiten.

Das Förderprogramm „Weltaktionsprogramm als Chance: Bildung für nachhaltige Entwicklung trifft Jugendsozialarbeit“ setzt an dieser Schnittstelle an. Durch die bereitgestellten Mittel können alltagsbezogene und praxisorientierte Einzelprojekte zu Themen der Nachhaltigkeit in ganz Bayern durchgeführt werden. Einrichtungen der Jugendsozialarbeit (JSA) und Kooperationspartner der Umweltbildung/BNE gestalten diese Projekte gemeinsam mit den Teilnehmenden. Das sind junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf zwischen 12 und 27 Jahren. Sie sollen erfahren, welche Rolle und Verantwortung jeder Einzelne für eine zukunftsfähige Gesellschaft trägt und wie das Gelernte in ihre Lebenswelt integriert werden kann. Die wichtigsten Grundsätze dabei sind Partizipation, Handlungs- und Lebensweltorientierung.

Das Förderprogramm „Bildung zur Nachhaltigkeit in der Jugendsozialarbeit“ startete 2011 als Kooperationsprojekt zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (LAG JSA) Bayern und dem heutigen Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (STMUV). Mit dem Folgeprojekt „BNE trifft JSA“ besteht die Kooperation weiterhin zwischen dem STMUV und der Evangelischen Jugendsozialarbeit Bayern

KOOPERATION

e.V. – federführendem Verband der LAG JSA Bayern.

BNE als Angebot der Jugendsozialarbeit

Die Fachkräfte der JSA stehen vor der Herausforderung, Jugendliche, die mit sozialer Benachteiligung kämpfen, zu begleiten und sie bei der Überwindung schwieriger Lebenssituationen zu unterstützen. Bei vielen Konfliktpunkten der Alltagsbewältigung spielen auch Aspekte der Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle: soziokulturelle Benachteiligung und Ausgrenzung, die ungleiche Verteilung von Berufs- und Bildungschancen oder der Zugang zu natürlichen und materiellen Ressourcen. Bei der Herausforderung, soziale Integration sowie eine Wertebildung im Sinn einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Lebensführung zu fördern, können Formate und Zugänge aus der Umweltbildung/BNE einen wichtigen Beitrag leisten.

Und die Projekte wirken!

Voraussetzung für gelingende Angebote ist, dass individuelle und biografisch geprägte Bedürfnisse und Befindlichkeiten Beachtung finden. Wichtig dabei ist ein wertschätzender Umgang miteinander, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein Dialog über Werte, Einstellungen und ethische Grundhaltungen ermöglicht wird. Themen einer nachhaltigen Lebensführung sind dabei eine wichtige Botschaft genauso wie die verantwortungsvolle Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

Durch die Aktionen bietet sich außerdem eine gute Plattform, um neben den Jugendlichen als Sekundärzielgrup-

pe auch ihr soziales Umfeld zu erreichen. Durch das freiwillige Engagement in „grünen Bereichen“ werden außerschulische Bildungsangebote und Berufe für die Zielgruppe als alternatives Arbeits- und Lernfeld attraktiv. Auch dringt die Option des Ehrenamtes oder die Beteiligung an Programmen wie dem freiwilligen ökologischen Jahr in das Bewusstsein der Zielgruppe und eröffnet damit neue Perspektiven zur Lebensgestaltung. Im praktischen Tun können neue Möglichkeiten entstehen und es gibt sinnvolle Aufgaben zu erledigen, die sowohl Hände als auch Gedanken beschäftigen.

Fachkräfte aus beiden Arbeitsfeldern profitieren von der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Unterstützung sowie der Möglichkeit zum fachlichen Austausch und können so ihre Angebote noch besser auf ihre Teilnehmenden ausrichten. Oft sind die Mitarbeitenden erstaunt, was ihr Engagement bewirken kann: „Ich dachte zu Beginn, wir würden einfach gemeinsam im Garten arbeiten. Dann habe ich aber gemerkt, dass wir vor allem ein soziales Projekt machen. Viele von den Jugendlichen können wir dabei auffangen. Sie blühen bei vielen Aufgaben richtig auf!“

Kontakt

Jessica Schleinkofer – Projektkoordination
 „Bildung für nachhaltige Entwicklung trifft Jugendsozialarbeit“, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern,
 Tel. +49 (0)89 / 159187-84,
 E-Mail: schleinkofer@ejsa-bayern.de,
www.lagjsa-bayern.de/nachhaltigkeitsprojekt,
www.ejsa-bayern.de/umweltprojekt

BLICKPUNKT

BNE und Jugendsozialarbeit funktioniert. Und wie!?

Junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen finden oftmals keinen Zugang zu herkömmlichen Bildungsangeboten und werden auch von den Angeboten einer Bildung für nachhaltige Entwicklung bisher nur wenig erreicht. Doch gerade sie sind eine wertvolle Zielgruppe für dieses Arbeitsfeld. Wie können also wirksame Angebote in der Praxis aussehen?

Im Rahmen des bayerischen Förderprogrammes „BNE trifft Jugendsozialarbeit“ werden non-formale Bildungsangebote gefördert. In lebensweltnahen, handlungsorientierten und partizipativen Formaten sollen die jungen Menschen von neuen Erfahrungsräumen und Möglichkeiten in ihrem Lebensumfeld profitieren. Erlebnisorientierte Methoden und praktische Zugänge zu Bildung können negative Erfahrungen und Misserfolge ausgleichen und Teilhabechancen eröffnen. Durch den persönlichen Bezug der Teilnehmenden sollen praktische Handlungsmöglichkeiten zu einer nachhaltigen Alltags- und Freizeitgestaltung aufgezeigt werden. Dadurch sollen sie erfahren, welche Rolle und Verantwortung jeder Einzelne für eine zukunftsfähige Gesellschaft trägt und wie das Gelernte auf den persönlichen Alltag übertragen werden kann.

In Upcycling-Workshops wurden Verpackungsmüll oder ausgemusterte Kleidungsstücke umgestaltet und neu genutzt, entsorgtes Baumaterial fand ein zweites Leben als Wohnzimmerregal. Arbeitsweisen der ökologischen Land- und Forstwirtschaft konnten in mehrtägigen Aktionen und Praktika kennengelernt werden und die BesucherInnen eines Tierparks freuen sich über einen Klangpfad aus Recyclingmaterial. Außerdem nutzen die BewohnerInnen eines Wohnheims ihren Innenhof als Treffpunkt, den sie mit einem gemauerten Grill, selbst gebauten Sitzmöbeln aus Holzresten und einem Graffiti aus Moos gestaltet haben.

BUNT- Projekt: Gärten als Orte der Begegnung – Kulturvielfalt im Gartenbeet
Im Ökologischen Bildungszentrum in München wurde gemeinsam mit dem Verein Hilfe von Mensch zu Mensch e.V. zusammen mit 10 bis 15 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus unterschiedlichen Nationen ein interkulturelles Gartenprojekt durchgeführt. Die Teilnehmenden trafen sich von April bis Oktober einmal pro Woche im Gemeinschaftsgarten.

Ziel war es, durch gemeinschaftliches Gärtnern, Kochen und Essen von selbst erzeugtem ökologischem Gemüse ein Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensführung zu schaffen und gleichzeitig damit in der neuen Kultur erste Wurzeln zu schlagen. Dabei konnten die Teilnehmenden kulturelle Vielfalt erleben, Kontakte zu anderen herstellen und ihrer Heimatkultur Ausdruck verleihen. Weitere Themen wie Mülltrennung, Ernährung, Wasserverbrauch, Energienutzung oder nachhaltiger Konsum knüpften daran an. Bei praktischer Gartenarbeit und gemeinsamen Kochaktionen mit- und füreinander war Zeit für Gespräche: www.kurzlink.de/BUNTprojekt

Alles Müll oder was?

Im Projekt „Alles Müll oder was?“ der AWO soziale Dienste GmbH wurde in Kooperation mit dem Recycling-Informationen-Zentrum der niederbayerischen Stadt Straubing eine Wanderausstellung rund um das Thema Müll zusammengestellt. Zentrale Fragestellungen waren die Wechselwirkung zwischen Natur und Mensch, die Auswirkungen des eigenen Verhaltens und welche Handlungsmöglichkeiten sich daraus im Alltag ergeben. Im Zuge des Projekts entstand nicht nur die Ausstellung „So fühlt sich ein Fisch im Wasser“ rund um Plastikmüll in den Gewässern, sondern die Teilnehmenden wurden weiter kreativ und designten Taschen oder Lampen aus Plastikmüll.

Durch das Konzept wurden junge Menschen zu Multiplikatoren, die das erarbeitete Wissen an Schulen oder anderen öffentlich zugänglichen Stellen wie im Tierpark präsentierten und somit an die Kommune weitergeben konnten. Für die Jugendlichen, die im Rahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit an dem Projekt teilnahmen, ergab sich die Gelegenheit, einen positiven Beitrag zur Stadtgestaltung zu leisten. Dadurch erfuhren sie ein hohes Maß an Wertschätzung und Selbstwirksamkeit. Doch sie setzten sich auch intensiv und über einen langen Zeitraum mit einem zentralen Thema der alltäglichen Lebensführung auseinander und erarbeiteten auf kreative Weise Handlungsmöglichkeiten: www.lagjsa-bayern.de/projekte/alles-muell-oder-was-2

Kreativ mit Nadel und Zwirn – ein Projekt zu fairer Kleidung mit Jugendlichen

Wie vielschichtig kreative Ansätze sein können, war in dem Kooperationsprojekt „Faire Kleidung“ zwischen IN VIA Bayern e.V. und der Landesstelle Jugendorganisation Bund Naturschutz zu sehen. Dort nahmen junge Frauen im Alter von 14 bis 26 Jahren aus den IN VIA-Jugendwohnhäusern in Nürnberg, Würzburg und München Mode unter die Lupe. Hauptaugenmerk lag darauf, den Blick der TeilnehmerInnen für einen kritischen Umgang mit Konsumgütern zu schärfen und für den Umgang mit Mode faire Lösungen zu finden. In verschiedenen Workshops und Aktionen gingen sie den Fragen nach, welchen Einfluss Kaufentscheidungen auf eine sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung haben und worauf beim Kleidungskauf zu achten ist. Sie beschäftigten sich mit Produktionsbedingungen von Kleidungsstücken, der Bedeutung von ökologischen Gütesiegeln und dem Entstehungsweg der Jeans von der Ladentheke zurück bis zu den Baumwollfeldern. Bei einem Upcycling-Nähworkshop wurden alte T-Shirts neu kreiert und mit besonderen Prints versehen oder Taschen und Kissen daraus genäht. Um die selbst gestalteten Werke und die erarbeiteten Inhalte zu präsentieren, konzipierten sie gemeinsam mit der Künstlerin Naomi Lawrence die Bildausstellung „Shirtopol – Fair Kleiden ist besser“: www.lagjsa-bayern.de/projekte/in-via-umweltprojekt-faire-kleidung
Die Angebote sollen bewusst niederschwellig und prozessorientiert sein, um hemmende Barrieren zu vermeiden. Dies ist wichtig, damit junge Menschen überhaupt einen Zugang zu diesen Angeboten finden und sie auch nutzen können. Ist der Start erst gelungen, bringen sie viele kreative Ideen mit ein, durch die sie die Projekte entsprechend ihren Interessen, Fähigkeiten und Möglichkeiten mitgestalten.

Kontakt:

Jessica Schleinkofer – Projektkoordination „Bildung für nachhaltige Entwicklung trifft Jugendsozialarbeit“, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern,
E-Mail: schleinkofer@ejsa-bayern.de,
Tel. +49 (0)89 / 159187-84,
www.ejsa-bayern.de/umweltprojekt

ZUM THEMA

Unterrichtsmaterial**Weil wir es wert sind**

□ Warum nicht einmal mit einer Graffiti-, Hip-Hop- oder Comic-Kampagne, durch ein Sportevent oder ein Rap-Konzert in das Thema Regenwald eintauchen? Im Rahmen des Projektes „Weil wir es wert sind“ entwickelte die Tropenwaldstiftung OroVerde eine Vielzahl an Unterrichtsprojekten für Haupt- und Förderschulen rund um das Thema Regenwald & Konsum. Nachahmen gewünscht! Umfangreiche Unterrichtsmaterialien und Anleitungen können online bestellt werden.

▷ www.regenwald-schuetzen.org/lehrer/bestellen.html

Filmdokumentation**Run, Rap & Dance 4 Rainforest**

□ Jugendliche einer Hauptschule und einer Förderschule machen sich stark für den Regenwald. Sie organisieren einen Sponsorenlauf, schreiben Texte für einen Rap-Auftritt und arbeiten an einer Tanzchoreografie. Noch nicht einmal hitzefrei hält sie von ihrem Engagement ab. Diese Filmdokumentation des OroVerde-Projektes „Weil wir es wert sind“ zeigt, mit welcher Begeisterung sich Jugendliche aus Brennpunkt-Vierteln für Umweltthemen einsetzen. Die Film-DVD liegt den oben beschriebenen Unterrichtsmaterialien bei. Einzelne Ausschnitte können online eingesehen werden.

▷ www.kurzlink.de/regenwald

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Handreichung**Umweltbildung mit minderjährigen Flüchtlingen**

□ Die Umweltbildnerin Tamina Jeschonnek beschäftigt sich in der Schriftenreihe der ANU mit der Frage, inwieweit Umweltbildung zur Integration beitragen kann. Dabei geht sie auf die besondere Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) in Deutschland ein. Vor allem aber beleuchtet Jeschonnek praxisorientiert und aus eigener Erfahrung, was man aus bisherigen Umweltbildungsveranstaltungen mit unbegleiteten Jugendlichen lernen kann in Bezug auf die Vorarbeit, die handlungsorientierte Umsetzung und die gründliche Nachbereitung. Abschließend fasst sie nützliche Materialien zusammen und listet Literatur zum Thema auf.

▷ www.kurzlink.de/UmweltbildungUMF

Selbstverpflichtung**EINFACH. JETZT. MACHEN. für den Klimaschutz**

□ Deutschland verfehlt die eigenen Klimaschutzziele trotz all seiner Möglichkeiten dramatisch. Die Politik scheint immer noch unfähig zu sein, den dringend notwendigen Klimaschutz durchzusetzen. Deshalb will das Bergwaldprojekt zivilgesellschaftliche Zeichen setzen: Es soll eine breite Allianz entstehen, die vorangeht, indem sie nicht mehr nur Appelle nach außen richtet. Sie wird sichtbar selbst aktiv. Das Bergwaldprojekt lädt dazu ein, mitzumachen und eine Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Jeder kann etwas tun, fangen wir jetzt an!

Um irreversible klimatische Veränderungen und deren dramatische Folgen abzuwenden, verpflichten sich die unterzeichnenden Organisationen,

- ▷ auf Inlandsflüge und auf Flüge für Reisen bis 1.000 Kilometer zu verzichten,
- ▷ in allen Betriebsstätten den Energieverbrauch zu minimieren und den verbleibenden
- ▷ Strombedarf aus 100 Prozent Ökostrom zu beziehen,
- ▷ auf Fleisch aus konventioneller, industrieller Produktion ganz zu verzichten und für Verpflegung und Bewirtung, soweit möglich, nur noch biologisch, saisonal und regional beziehungsweise fair produzierte Lebensmittel zu nutzen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner rufen alle UmweltpädagogInnen und deren Einrichtungen, alle Institute, Kinos, Polizeidienststellen, Unternehmensberaterinnen, Kindertagesstätten, Schulen, Synagogen, Seniorenheime, Restaurants, Naturschutzverbände, Kirchen, Entwicklungsorganisationen, Blumenläden, Stadtverwaltungen, Moscheen, Boxclubs, Bäckereien, Steuerberater, Einzelhändler, Schreinereien, Praxen, Kanzleien, Beförderungsunternehmen, Banken, Frisörsalons, Versicherungen, Modehäuser, Fitnessstudios, Forstbetriebe, Hotels, Theater, alle Roten, Grünen, Schwarzen und Gelben zum Unterzeichnen auf.

▷ www.einfach-jetzt-machen.de

Material**Klima schützen**

□ Der neue Methodenordner „Klima schützen“ der Naturfreundejugend Deutschlands beinhaltet viele Informationen zur Konzeption von Workshops und zeigt, wie junge Menschen für ein klimafreundliches Leben begeistert werden können. Außerdem gibt es vier Module zu den Themen Klimawandel, Klimagerechtigkeit, Konsum und Ernährung. Die Module umfassen thematische Hintergründe, klimafreundliche Alternativen und viele Methoden, die drinnen und draußen, bei Workshops, Seminaren oder Freizeiten durchgeführt werden können.

▷ www.kurzlink.de/klasseklima

WISSENSWERT

Wettbewerb

Gemeinsam unterwegs!

□ Der Deutsche Wanderverband ruft Schulklassen aller Jahrgangsstufen und Schularten zur Teilnahme am bundesweiten Schulwander-Wettbewerb auf. Unter dem Motto „Gemeinsam draußen unterwegs!“ fordert der Wettbewerb Lehrkräfte gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern dazu auf, Wandertage zu gestalten, die allen Beteiligten als besonderes Gemeinschaftserlebnis in lebendiger Erinnerung bleiben. Dabei gilt: Egal ob auf dem Land oder in der Stadt – Schulklassen, die sich auf den Weg machen, können draußen vieles entdecken, Abenteuer erleben und Herausforderungen meistern. Zur Teilnahme am Schulwander-Wettbewerb muss die Wanderung von den Teilnehmenden in einem kurzen Text und mit einigen Fotos auf schulwandern.de veröffentlicht werden. Wanderungen, die zwischen dem 1. Mai und 31. Juli 2018 stattfinden, können bis spätestens 31. Juli zum Wettbewerb eingereicht werden.

▷ www.schulwandern.de

App

Natur in der Stadt entdecken

□ Die kostenlose App „Naturblick“ ermöglicht ihren NutzerInnen, die Natur Berlins zu entdecken. Mit vielen interessanten Fakten über die verschiedenen Arten lassen sich so ohne viel Vorwissen Pflanzen und Tiere der Stadt bestimmen. Die App nimmt zum Beispiel Vogelgesänge auf und bestimmt diese automatisch. Zudem zeigt die Kartenfunktion Naturorte innerhalb der Stadt, die zum Erkunden oder Verweilen einladen. Die App ist im Rahmen des Projekts „Stadtnatur entdecken“ des Museums für Naturkunde Berlin entstanden und wird kontinuierlich weiterentwickelt. „Stadtnatur entdecken“ ist als Projekt der UN-Dekade „Biologische

Vielfalt“ ausgezeichnet worden. Die App ist für Android und iOS kostenlos verfügbar.

▷ www.naturblick.naturkundemuseum.berlin

Material

Klimaschutz und Spracherwerb

□ Die Unterrichtsmaterialien stellen umfangreiche Lehreinheiten für integrations- und berufsbezogene Sprachkurse zum Thema Umwelt- und Klimaschutz zur Verfügung. Ziel der Materialien ist die alltagsnahe Vermittlung von Klimaschutzwissen. Hierbei sollen klimafreundliche Verhaltensalternativen erlernt und gestärkt werden. Das Material ist insbesondere für Personengruppen aufbereitet worden, die sich bislang nur wenig mit diesem Thema beschäftigt haben. Die Lehreinheiten wurden im Projekt Integra_et_Klima erstellt und evaluiert, welches vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert wurde.

▷ www.kurzlink.de/klimaschutz_sprache

Aktionen zum Umweltschutz

Mit YEAH statt BUH!

□ rehab republic ist ein junger Verein aus München, von jungen Leuten für junge Leute, die sich immer wieder kreative Mitmachkampagnen für den Umweltschutz ausdenken. „Nicht nur labern, machen!“ ist das Motto. Dieses wird auch in den Aktionen sichtbar: mit einer „Silent Parade“ ein Nachhaltigkeitsthema auf die Straße bringen, neues Outfit aus alten Klamotten kreieren, bei der Kleidertauschparty den Alltag ohne Plastik meistern, Lebensmittel bei Schnibbelpartys verwerten oder beim Plogging Müll beim gemeinsamen Joggen sammeln. Nachmachen erlaubt!

▷ www.rehab-republic.de

UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

26.05.-27.05., Münster

Weiterbildung „BildungsreferentIn für nachhaltige Entwicklung“

Das Institut für Nachhaltigkeitsbildung bietet eine Einführung zur nachhaltigen Entwicklung und vermittelt umwelt- und nachhaltigkeitspädagogische Konzepte. Die Teilnehmenden erlernen, Konzepte, Projekte und Maßnahmen der Nachhaltigkeitsbildung zu entwickeln und zu planen.

▷ www.institut-nachhaltigkeit.de/weiterbildungen

02.06., Bielefeld (D)

Fachtagung „Schöne neue Heimat? Nationalchauvinistische und völkische Ideologien im Natur- und Umweltschutz und wie man sich dagegen wehren kann“

Die Fachtagung der NaturFreunde bietet Tätigen in Natur- und Umweltschutz, der Jugendverbandsarbeit sowie der Rechtsextremismusprävention die Möglichkeit, sich über historische und aktuelle Verknüpfungen zwischen Rechtsextremismus und Natur- und Umweltschutz weiterzubilden.

▷ www.naturfreunde.de/termin/fachtagung-schoene-neue-heimat

19.06., Berlin (D)

Workshop-Reihe BNE im Schülerlabor

Der Workshop des Bundesverbands der Schülerlabore lädt BetreiberInnen und MitarbeiterInnen von Schülerlaboren und anderen außerschulischen Lernorten dazu ein, sich über bestehende Aspekte und Konzepte der Vermittlungsarbeit unter der Leitperspektive BNE auszutauschen und daraus gemeinsame Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

▷ www.bne-im-schuelerlabor.de/start

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), dieckmann@anu.de, Larissa Donges, larissa@naturfreundejugend.de
ANU-Bundesverband e.V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de